

AMNESTY

MAGAZIN DER MENSCHENRECHTE

رؤية

2030



المملكة العربية السعودية
KINGDOM OF SAUDI ARABIA



SAUDI-ARABIEN

**GIGANTISCHE VISIONEN,
HARTE REALITÄTEN**

IN ACTION

50 Jahre Schweiz – EMRK

INDIEN

Fehlende Gerechtigkeit in Bhopal

MINDERJÄHRIGE ASYLSUCHENDE

Unberücksichtigte Bedürfnisse

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



SCHNELLE HILFE FÜR MENSCHEN IN GEFAHR

GLOBAL RELIEF PROGRAMME

Menschenrechtsverteidiger*innen sind durch ihr Engagement oft unmittelbar drohenden Gefahren ausgesetzt. Das Global Relief Programme bietet ihnen rasche Hilfe.

Menschen, die sich gegen Missbräuche aussprechen und für die Menschenrechte einsetzen, werden in vielen Ländern belästigt, verfolgt, willkürlich inhaftiert oder sind Gewalt ausgesetzt. Ihnen und ihren Angehörigen bietet das Global Relief Programme von Amnesty International schnell und unbürokratisch Unterstützung.

Dies kann ein finanzieller Beitrag für Schutzmassnahmen für die gefährdeten Personen sein, Hilfe bei temporär notwendigen Umsiedlungen, oder wir organisieren medizinische und psychologische Betreuung, Rechtshilfe und sicheren Zugang zur Justiz. Und anderes mehr.



© Klana Hayeri/Amnesty International

Ihre Spende ermöglicht, dass das Global Relief Programme weiterhin schnelle Hilfe in dringenden Fällen leisten kann. Vielen Dank für Ihre finanzielle Unterstützung. www.amnesty.ch/global-relief

AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion . Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern

Jetzt mit TWINT spenden!

- QR-Code mit der TWINT App scannen
- Betrag und Spende bestätigen



ICH WILL MEHR! MEHR AMNESTY-MAGAZIN!



Ist dies das erste Mal, dass Sie das AMNESTY-Magazin lesen?
Würden Sie gerne auch die bisherigen Ausgaben anschauen?
Oder gehören Sie zu unseren treuen Leser*innen und fragen sich, in welchem Heft der spannende Artikel über ... war?
Möchten Sie unser Heft gar weiterempfehlen?

Sämtliche bisherigen Ausgaben, die Information, wie man das MAGAZIN bestellen kann, und Weiteres mehr finden Sie in unserem Portal amnesty.ch/magazin

Impressum: AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, Nr. 119, September 2024. **Redaktion:** Manuela Reimann Graf (mre), Natalie Wenger (nwe). **Mitarbeiter*innen dieser Nummer:** Lina al-Hathloul, Jean-Marie Banderet, Ulla Bein, Boris Bögli, Baptiste Fellay, Clément Girardot, Danièle Gosteli, Pia Hollenstein, Kishor Paul, Natalie Mayroth, Michelle Meier, Sanaa Mohamed, Lisa Salza, Marc Thörner, Patrick Walder. **Gestaltung:** www.muellerluetolf.ch. **Druck:** Stämpfli AG, Bern. Auf nachhaltig produziertem Papier gedruckt, Schutzhülle überwiegend aus nachwachsenden Rohstoffabfällen hergestellt. **Die Mitgliederzeitschrift AMNESTY** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Redaktionsschluss der nächsten Nummer: 1. November 2024. **Distribution:** AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8, IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8). **Redaktionsadresse:** Magazin AMNESTY, Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel. 031 307 22 22, E-Mail: redaktion@amnesty.ch. **Auflage:** 68 000 (dt.).

EDITORIAL



Sportfans denken bei Saudi-Arabien an die neuen Karrieren der Fussballidole Ronaldo, Neymar oder Benzema, an grosse Turniere und deren Sponsoring durch den Golfstaat. Andere erhoffen sich Investitionsmöglichkeiten und lukrative Geschäftspartnerschaften mit dem Land. Aussenpolitiker*innen denken bei Saudi-Arabien vielleicht

zunächst an einen neuen Player auf dem Politparkett und einen Veranstalter und Vermittler für Friedenskonferenzen. Wenn von Saudi-Arabien die Rede ist, denke ich als Amnesty-Mitarbeiterin hingegen zuerst an die 173 Hinrichtungen im vergangenen Jahr, an die Folter in den Gefängnissen und an die Frauenrechtlerinnen in Haft.

Es scheint seltsam, dass ein Land all dies vereinen kann. Nicht nur das Land, auch eine Person verkörpert diese Widersprüche:

Kronprinz Mohammed bin Salman fasziniert und erschreckt zugleich. Sein breites Lächeln, seine ausgestreckten Arme, die scheinbar die ganze Welt im Golfstaat willkommen heissen, können die Bestürzung und das Grauen nicht vergessen machen, das er mit der brutalen Ermordung des Journalisten und Kritikers Jamal Khashoggi weltweit ausgelöst hatte. Es folgten Imagekampagne um Imagekampagne, um sein Bild und das Bild seines Landes wieder in ein positives Licht zu rücken. Bei einigen mag das wirken, andere sehen opportunistisch über seine Verbrechen hinweg. Wieder andere – insbesondere auch die, die sich für Menschenrechte engagieren – werden sich nicht blenden lassen. Denn solange die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, ist Saudi-Arabiens neuer Glanz nur Schall und Rauch.

Manuela Reimann Graf, verantwortliche Redaktorin

AKTUELL

Good News	4
Nachrichten	6
Aktuell im Bild	8
Brennpunkt	9
Wir dürfen nicht wegschauen	

DOSSIER

Saudi-Arabien – Gigantische Visionen, harte Realitäten	
Der Schein trägt	10
Der neue Friedensvermittler?	12
Saudi-Arabiens neue Stellung in der Weltpolitik.	
Neom: Grössenwahn eines Prinzen	14
Unterdrückter Widerstand gegen das ambitionierte Grossprojekt.	
Über jede Kritik erhaben	16
Die Schweiz verhält sich opportunistisch.	
Das Machtinstrument Sport	18
Imagepflege mit Fussball und Co.	
Die Doppelzüngigkeit gegenüber Frauen	20
Zwischen der gepriesenen Frauenförderung und der Realität liegen Welten.	
Drei Aktivist*innen – drei Schicksale	22
Angehörige berichten von Loujain al-Hathloul, Raif Badawi und Manahel al-Otaibi.	

THEMA

Indien	24
Der Kampf um Gerechtigkeit geht weiter	
Unbegleitete minderjährige Asylsuchende	28
«Ich war total verloren»	
Belarus	30
Digitaler Widerstand in Belarus	

KULTUR

Film	32
Der Sudankonflikt auf der Leinwand	
Buch	34
Das grosse Warten	

CARTE BLANCHE

Pia Hollenstein	35
-----------------	----

IN ACTION

50 Jahre Schweiz – EMRK	37
Frauenpower made in Zürich	38
Amnesty fordert mehr Menschenrechte im Sport	39



ZUGANG ZU GESUNDHEITSRECHTEN

Er ging für die Gleichstellung seiner Beziehung vor Gericht: 2021 hatte So Seong Wook die gesetzliche Krankenkasse in **Südkorea** verklagt, weil diese die Leistungen für seinen Partner Kim Yong Min eingestellt hatte, nachdem herausgekommen war, dass es sich bei den beiden um ein homosexuelles Paar handelte. Der oberste Gerichtshof entschied nun im Juli 2024, dass Krankenkassen auch Partner*innen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen als Angehörige mitversichern müssen. Er stufte die Ungleichbehandlung von homosexuellen und heterosexuellen Paaren als Diskriminierung ein. So Seong Wook und Kim Yong Min hatten sich 2019 in einer Zeremonie das Ja-Wort gegeben, doch ihre Ehe wird in Südkorea nicht anerkannt. Aktivist*innen hoffen nun auf eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in dem Land.



OPPOSITIONSFÜHRER NACH FAST 600 TAGEN FREI

Am 22. Juli sprach der oberste Gerichtshof **Simbabwes** den Oppositionsführer Job Sikhala frei. Der ehemalige Abgeordnete war am 14. Juni 2022 zusammen mit 14 weiteren Männern festgenommen und inhaftiert worden. Ihm wurden «Behinderung der Justiz» und «Anstiftung zur Gewalt» vorgeworfen. Am 30. Januar 2024 wurde er zu einer zweijährigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Sikhala erwartete weitere Tage im Gefängnis. Doch noch am selben Tag wurde er freigelassen – nachdem er bereits 595 Tage in Untersuchungshaft verbracht hatte. Am 15. Februar 2024 wurde Job Sikhala in einem separaten Strafverfahren wegen «staatsgefährdender Falschaussagen» zu einer weiteren neunmonatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Aufgrund seiner Untersuchungshaft konnte er nicht an den Wahlen im vergangenen Jahr teilnehmen – was er als Grund für die lange Untersuchungshaft betrachtet.

EHE FÜR ALLE IN THAILAND



Im Juni hat das Oberhaus des Parlaments **Thailands** einem Gesetz zur Gleichstellung in der Ehe zugestimmt. Damit erlaubt Thailand als erster südostasiatischer Staat künftig die Ehe für homosexuelle Paare. Das Repräsentantenhaus, das Unterhaus des thailändischen Parlaments, hatte das Gesetz zur Ehe für alle bereits am 27. März 2024 mit überwältigender Mehrheit verabschiedet.

Das Gesetz räumt gleichgeschlechtlichen Paaren die gleichen Rechte ein wie heterosexuellen Paaren, unter anderem in Bezug auf Eheschliessung, Adoption, Vollmachten im Gesundheitswesen und Erbschaftsangelegenheiten.



SÜNDENBÖCKE FREIGELASSEN

Das Verfahren gegen neun Überlebende des Schiffsunglücks von Pylos in **Griechenland** wurde am 21. Mai 2024 eingestellt. Die neun Ägypter waren am 15. Juni 2023 als mutmassliche Schlepper verhaftet worden. Ihnen wurde die Bildung einer kriminellen Vereinigung, Gefährdung auf hoher See sowie fahrlässige Tötung vorgeworfen. Über elf Monate verbrachten die Männer im Gefängnis. Bei einer Verurteilung hätte ihnen lebenslange Haft gedroht.

Am frühen Morgen des 14. Juni 2023 war der völlig überladene Fischkutter *Adriana* vor der griechischen Küste gekentert. Mehr als 600 Menschen ertranken, nur 104 Migrant*innen überlebten. Human Rights Watch und Amnesty International hatten Zweifel an der Unabhängigkeit und Integrität der Küstenwache geäussert, die die Untersuchung leitete, und eine unabhängige Aufklärung des Unglücks verlangt. Überlebenden zufolge habe die Küstenwache nach dem Kentern der *Adriana* nur zögerlich Rettungsmaßnahmen eingeleitet.

FREISPRUCH FÜR RITA KARASARTOVA

Ende Juni wurden mindestens 22 Angeklagte im sogenannten Kempir-Abad-Fall freigesprochen. Sie hatten sich in **Kirgistan** friedlich für die Wasserrechte ihrer Gemeinschaft eingesetzt. Unter ihnen befindet sich auch die Menschenrechtsverteidigerin Rita Karasartova, für die sich Amnesty unter anderem mit dem Briefmarathon 2023 eingesetzt hat. Sie und andere Aktivist*innen waren im Oktober 2022 im Zusammenhang mit einer umstrittenen Übergabe des Kempir-Abad-Staudamms festgenommen worden. Im Rahmen des neuen Grenzabkommens zwischen Kirgistan und Us-



bekistan sollte das Süswasserreservoir von Kempir-Abad in der Provinz Andijon im Tausch gegen Ackerland an Usbekistan übergeben werden. Die Aktivist*innen protestierten gegen die fehlende Konsultation der lokalen Bevölkerung. Rita Karasartova und weitere Aktivist*innen wurden wegen «versuchten gewaltsamen Umsturzes der Regierung» angeklagt, was mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft werden kann. **Lesen Sie mehr zu Rita Karasartova unter [amnesty.ch/magazin](https://www.amnesty.ch/magazin)**



© Nicole Millar/Amnesty International

Fahnen rufen in der Colonia Maya in Chiapas zum Schutz der Umwelt und der Menschenrechte auf.

INDIGENE SCHÜTZEN STATT VERTREIBEN

Die African Commission on Human and Peoples' Rights hat ein historisches Urteil zugunsten der indigenen Batwa gefällt: Nach einem jahrzehntelangen Rechtsstreit stellte die Kommission fest, dass die Regierung der **Demokratischen Republik Kongo** mehrere durch die Afrikanische Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker geschützte Menschenrechte verletzt hat. 1970 wurde der Kahuzi-Biega-Nationalpark – heute ein Unesco-Weltkulturerbe – unter anderem zum Schutz von Gorillas eingerichtet. Da das Leben in Nationalparks verboten ist, wurde die dort sesshafte indigene Gruppe der Batwa gewaltsam vertrieben. Seither leben viele verarmt am Rande des Schutzgebiets und leiden unter der Gewalt, die sie durch Milizen und auch durch Wildhüter*innen erfahren.

Das Urteil betont, dass es unrecht gewesen sei, die Indigenen zum Schutz von Natur und Biodiversität von ihrem Land zu vertreiben. Den Batwa stehen nach dem Urteil unter anderem Landrechte und Entschädigungen zu. Dieses Urteil ist wegweisend für den Schutz der Rechte der indigenen Völker und ihren Anspruch auf ihr angestammtes Land.



KEIN VERFAHREN GEGEN UMWELTAKTIVIST*INNEN

Am 17. Mai beschloss die Staatsanwaltschaft des Bezirks Altos in **Mexiko**, keine Strafverfahren gegen Elizabeth del Carmen Suárez Díaz, Eustacio Hernández Vázquez, Lucero Aguilar Pérez, Martín López López und Miguel Ángel López Martínez zu führen. Die fünf Umweltaktivist*innen aus San Cristóbal de las Casas hatten sich gegen den Bau einer Wohnsiedlung in einem ökologischen Schutzgebiet in der Maya ausgesprochen.

Das Bauunternehmen hatte bereits begonnen, 100 Bäume zu fällen, was 2015 zu einer Überschwemmung und zu Zerstörungen geführt hatte. Im Jahr 2017 organisierten Sympathisant*innen der Colonia Maya einen friedlichen Protest und versperrten einen Eingang, um Baumaschinen zu blockieren. Vom Bauunternehmen wurden sie daraufhin bei den Strafverfolgungsbehörden angezeigt, worauf die Staatsanwaltschaft 2018 einen Haftbefehl gegen die fünf Anführer*innen erliess und sie wegen Entführung anklagte. Doch der Druck von Tausenden von Briefen aus aller Welt hat nun Wirkung gezeigt und zum Entscheid der Behörden beigetragen, die Ermittlungen wegen Mangels an Beweisen einzustellen. Allein in Mexiko wurden 44.320 Unterschriften gesammelt.



VERBOT VON KINDEREHEN

Sierra Leone verbietet mit einem im Juli verabschiedeten Gesetz Ehen mit Minderjährigen. Kinderehen sind in Sierra Leone weit verbreitet, fast immer sind es Mädchen, die mit deutlich älteren Männern verheiratet werden. Jedes dritte Mädchen wird bislang vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet.

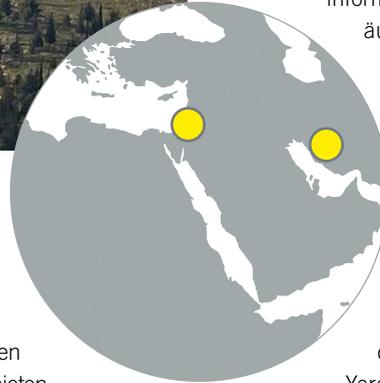
Das Gesetz zum Verbot von Kinderehen wurde vom Präsidenten von Sierra Leone, Julius Maada Bio, unterschrieben. Treibende Kraft für Geschlechtergerechtigkeit ist Fatima Maada Bio, die First Lady von Sierra Leone. Das Gesetz zum Verbot von Kinderehen in Sierra Leone sieht zukünftig hohe Strafen vor. Personen, die ein Kind heiraten, sollen mit bis zu 15 Jahren Haft und einer Geldstrafe von rund 4000 US-Dollar bestraft werden.



Trotz des Entscheids des IGH wurde sie weitergebaut:
Die Trennmauer in der Umgebung von Jerusalem, dahinter eine ebenso völkerrechtswidrige Siedlung.

WEITERE HINRICHTUNG

IRAN Am 6. August wurde Reza (Gholamreza) Rasaei um 5 Uhr morgens Ortszeit im Gefängnis von Dizel Abad in der Provinz Kermanshah hingerichtet. Weder er selbst noch seine Familie oder sein Rechtsbeistand wurden vorher über die geplante Vollstreckung des Todesurteils informiert. Reza Rasaei war in einem äusserst unfairen Prozess am 7. Oktober 2023 zum Tode verurteilt worden. Das Verfahren stützte sich auf seine unter Folter mit Elektroschocks, der Herbeiführung von Beinahe-Ersticken und sexualisierter Gewalt erzwungenen «Geständnisse». Er gehörte der kurdischen Minderheit und der Religionsgemeinschaft der Yaresan im Iran an.

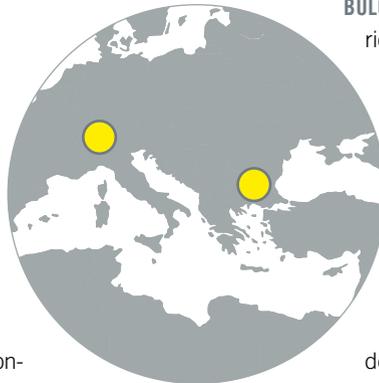


BESETZUNG BRICHT VÖLKERRECHT

ISRAEL/BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE Nach einem 18-monatigen Verfahren mit öffentlichen Anhörungen, an denen mehr als 50 Staaten und drei internationale Organisationen teilgenommen haben, hat der Internationale Gerichtshof (IGH) sein Gutachten zu den rechtlichen Folgen der israelischen Politik und Praxis in den besetzten palästinensischen Gebieten veröffentlicht. In dem Gutachten wird festgestellt, dass die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete eine klare Verletzung des Völkerrechts darstellt. Schon 2004 hielt der IGH in einem Gutachten fest, dass der Bau der Trennmauer in den besetzten palästinensischen Gebieten gestoppt werden muss, da er gegen das Völkerrecht verstösst.

MANGELNDE RÜCKSICHT AUF KINDER

SCHWEIZ Die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) kommt in einem am 9. Juli veröffentlichten Bericht zum Schluss, dass sich die Vollzugsbehörden bei den zwangsweise erfolgenden Rückführungen von abgewiesenen Asylsuchenden zwar um das Wohlergehen von Kindern, insbesondere von Kleinkindern, bemühen. Trotzdem besteht nach Ansicht der NKVF die Gefahr, dass die gemäss der Uno-Kinderrechtskonvention vorrangig zu berücksichtigenden Kindesinteressen bei der Planung und Durchführung solcher Rückführungen vernachlässigt werden. Die Kommission stuft insbesondere die beobachteten Zwangsmassnahmen gegenüber Kindern «als potenziell traumatisierend und unter Umständen als Gefährdung des übergeordneten Kindesinteresses» ein.

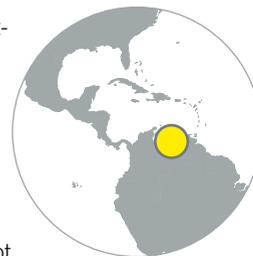


NACH RUSSISCHEM VORBILD

BULGARIEN Nach Ungarn und Georgien hat auch Bulgarien ein Anti-LGBTI*-Gesetz verabschiedet: Mit den Änderungen des Gesetzes über die Vorschul- und Schulbildung wird die Thematisierung von «nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen» und Geschlechtsidentitäten verboten. Nicht-traditionelle Beziehungen werden in dem Gesetz definiert als «anders als die allgemein akzeptierten und in der Rechtstradition verankerten Vorstellungen von emotionaler, romantischer, sexueller oder sinnlicher Anziehung zwischen Personen des anderen Geschlechts». Die neue Gesetzesinitiative ging auf die pro-russische Partei Wiedergeburt zurück und wurde im Eilverfahren durch das Parlament gepeitscht. Das Gesetz ist bereits in Kraft getreten.

NEUES NGO-GESETZ GEFÄHRDET MENSCHENRECHTSORGANISATIONEN

VENEZUELA Die venezolanische Nationalversammlung hat Mitte August einen Gesetzentwurf angenommen, der die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen regulieren soll. NGOs werden unter anderem verpflichtet, empfangene Finanzmittel oder Spenden zu melden, damit deren Rechtmässigkeit geprüft werden kann. Damit führt die Regierung Maduro die Repression gegen alle zivilgesellschaftlichen Organisationen weiter (lesen Sie dazu den Artikel von Sandra Weiss in der letzten AMNESTY-Ausgabe). «Die Verabschiedung dieser Vorlage gefährdet Menschenrechtsorganisationen mit zweideutigen Gesetzesartikeln. Sie kann sogar als Grundlage für ein willkürliches Verbot in grossem Umfang dienen», sagt Ana Piquer, Direktorin von Amnesty International für den amerikanischen Kontinent. «Die Menschenrechtsorganisationen haben in der aktuellen Krise eine bedeutende Rolle, da sie Dutzende von Todesfällen und Tausende von willkürlichen Verhaftungen anprangern und humanitäre Hilfe in besonders gefährdeten Gebieten leisten.»

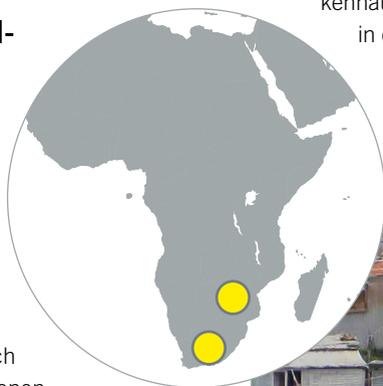


REPRESSION VOR GIPFELTREFFEN

SIMBABWE Im Vorfeld des 44. Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschef*innen der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) vom 17. August in Simbabwe ging die Regierung systematisch gegen Andersdenkende vor. Amnesty International und Human Rights Watch zufolge wurden seit Mitte Juni mehr als 160 Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, Oppositionspolitiker*innen und Medienschaffende festgenommen. Einige der Festgenommenen wurden schwer gefoltert und verletzt, sodass sie ins Krankenhaus mussten. Simbawwes Präsident Emmerson Mnangagwa steht schon länger in der Kritik. Erst im März verhängten die Vereinigten Staaten Sanktionen gegen ihn und seine Entourage wegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen.

HÜTTENBEWOHNER*INNEN-BEWEGUNG BEDROHT

SÜDAFRIKA Abahlali base-Mjondolo (AbM) ist eine soziale Bewegung von mehr als 150.000 Menschen, die in informellen Siedlungen in der südafrikanischen Provinz KwaZulu-Natal leben. Seit fast zwei Jahrzehnten setzen sie sich für das Recht auf angemessenen Wohnraum, ein Ende der Zwangsräumungen und den Zugang zu Bildung, Wasser, Strom, sanitären Einrichtungen, Gesundheitsversorgung und Müllabfuhr ein. Der Generalsekretär der Bewegung, Thapelo Mohapi, musste untertauchen, nachdem er immer wieder bedroht und eingeschüchert worden war. Die AbM berichtet, dass in den Jahren seit der Gründung der Bewegung im Jahr 2005 25 ihrer Mitglieder getötet worden seien. Die Drohungen gegen die Aktivist*innen hätten sich im Vorfeld der südafrikanischen Parlamentswahl von Ende Mai 2024 verschärft, wie Amnesty International in einem Bericht festhält.



Kennedy Road ist eine der informellen Siedlungen in einem Vorort von Durban in der Provinz KwaZulu-Natal in Südafrika.



AKTUELL _ IM BILD

Der Staub ist überall: Diese palästinensischen Zivilpersonen in Khan Younis im **südlichen Gazastreifen** sind zwischen den zerstörten Gebäuden kaum zu erkennen. Der Staub stammt unter anderem vom Einsturz zahlreicher Gebäude. Gemäss dem stellvertretenden Generalsekretär der Uno wurden bis Mitte August mehr als 80 Prozent der Wohngebäude durch die israelischen Angriffe im Gazastreifen zerstört. Auch viel Infrastruktur wurde getroffen, so eine von der Uno finanzierte Wasser-Entsalzungsanlage, die 55 Millionen Dollar gekostet hat. Staubpartikel, freigesetzter Asbest und weitere Stoffe belasten die Lungen der eh schon geschwächten Bevölkerung. Hinzu kommt laut dem Uno-Umweltprogramm, dass in den rund 39 Millionen Tonnen Schutt auch nicht explodierte Munition steckt, was eine weitere Gefahr birgt.

WIR DÜRFEN NICHT WEGSCHAUEN



© André Gottschalk

Sanaa Mohamed
Kampagnenleiterin für den
Sudan und den Südsudan
bei Amnesty International

Bis zum Morgen des 15. April 2023 verlief unser Leben im Sudan trotz der laufenden Revolution fast so, als hätte es den Putsch ein Jahr zuvor nicht gegeben. Als Teil der sudanesischen Bürgerbewegung beteiligte ich mich an den zahlreichen leidenschaftlichen Debatten über die Zukunft des Landes, an Protesten und Kampagnen, die allesamt friedlich verliefen. Niemand von uns ahnte, dass sich unser Schicksal kurz darauf unwiderruflich ändern würde.

In der Hitze der intensiven Diskussionen überhörten wir die Warnungen vor einem drohenden Krieg. Wir ignorierten die Truppen, die in unsere Städte einmarschierten, und die Anzeichen einer zunehmenden Militarisierung. Unser Optimismus in Bezug auf einen neuen Sudan war gross und verdeckte die Bedrohungen. Doch unsere Hoffnungen zerschlugen sich mit den ersten Schüssen an diesem Morgen des 15. April 2023. Sie bedeuteten das Ende all dessen, was wir in den fünf Jahren seit der Entmachtung des ehemaligen Präsidenten Omar al-Bashir aufgebaut hatten.

Der Konflikt begann mit einem Machtkampf zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF), die erbittert um die Kontrolle über die Hauptstadt Khartum und Städte in der Region Darfur kämpften. Der wahllose Einsatz schwerer Waffen in städtischen Gebieten führte zu zahlreichen Toten und Verletzten. Frauen und Mädchen sind seither sexualisierter Gewalt durch alle Konfliktparteien ausgesetzt. Kämpfer*innen, vor allem der RSF und verbündeter Milizen, plündern Häuser, Geschäfte und öffentliche Einrichtungen, darunter auch Krankenhäuser und Lager von humanitären Organisationen. Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit finden im Sudan derzeit ungestraft statt.

Nach Angaben der Uno wurden bisher mehr als 16000 Zivilist*innen getötet. Es gibt über 11 Millionen Binnenvertriebene, mehr als in jedem anderen Land. Mehr als zwei Millionen Menschen

sind aus ihrer Heimat nach Tschad, Ägypten, in den Südsudan, nach Äthiopien und Libyen geflohen, die meisten leben unter katastrophalen Bedingungen.

Anfang August hat die Uno in Teilen der Region Darfur eine Hungersnot ausgerufen, in den kommenden Monaten könnten Hunderte von Menschen verhungern. Und die Welt schaut zu.

Wie viele andere Menschenrechtsverteidiger*innen, die infolge des Konflikts vertrieben wurden, fand ich mich in Kenia wieder. Ich gehöre zu den Glücklichen, die es geschafft haben. Im März dieses Jahres begann ich als Kampagnenleiterin für den Sudan und den Südsudan bei Amnesty International zu arbeiten. Derzeit bereite ich eine Kampagne vor, die den Fluss von Waffen und Munition zu unterbrechen versucht. Denn wie ein Bericht von Amnesty dokumentiert, liefern Russland, die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate, Serbien, China und andere Länder weiterhin Waffen an die Kriegsparteien. Sie verstossen damit gegen das Waffenembargo des Uno-Sicherheitsrats für Darfur.

Ich setze mich dafür ein, dass der Sicherheitsrat dieses Waffenembargo auf den gesamten Sudan ausweitet und seine Umsetzung sicherstellt. Doch dies kann nicht von Amnesty allein erreicht werden. Es erfordert die gemeinsame Anstrengung vieler Staaten, Organisationen und Menschen auf der ganzen Welt.



Der Schein trügt

Sie hat gigantische Ausmasse : Die Mega-City The Line – hier im Modell – soll sich mit 170 Kilometern Länge und 500 Metern Höhe quer durch die saudische Wüste ziehen. Genauso gigantisch sind auch die Visionen, die der faktische Herrscher über das Königreich, Mohammed bin Salman, für die Zukunft seines Landes hat: Mit dem ambitionierten Reformprojekt Vision 2030 sollen die Abhängigkeit des Landes vom Erdöl überwunden und Wirtschaft wie Gesellschaft in eine moderne Zukunft geführt werden. Weniger visionär daran ist, dass der Herrschaftsanspruch der Königsfamilie nicht tangiert werden darf und jegliche Kritik brutal sanktioniert wird. So müssen wir auch künftig mit Repression und massiven Menschenrechtsverletzungen rechnen.





© Hassan Ammar/AP/Keystone

Der neue Friedensvermittler?

Saudi-Arabien strebt nach mehr Einfluss am Golf, aber auch auf der weltpolitischen Bühne. Die Regierung forciert den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel – allerdings unter Missachtung der Menschenrechte. Wie das Land sich trotz dieser Widersprüche erfolgreich neu positioniert, erklärt der Saudi-Arabien-Experte Sebastian Sons. Interview von Natalie Wenger

Saudi-Arabien ist im Aufbruch. Saudi-Arabien ist die Zukunft. Zumindest, wenn es nach dem Regierungsprogramm Vision 2030 von Kronprinz Mohammed bin Salman geht. Was beinhaltet diese Vision?

Die Vision 2030 ist ein Modernisierungsprogramm, das die Abhängigkeit vom Erdöl beenden, die Wirtschaft liberalisieren und neue Investor*innen ins Land holen will. Die Vision 2030 ist jedoch nicht nur ein Programm zum Umbau der Wirtschaft, sie bildet auch die Grundlage für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Im Zentrum steht nicht mehr die Loyalität zum Königshaus – auch wenn diese enorm wichtig ist – sondern die individuelle Leistung. Die jungen Leute sollen dafür begeistert werden, das Land wirtschaftlich mitaufzubauen und gesellschaftlich zu verändern. Damit soll der Welt gezeigt werden, dass Saudi-Arabien nicht den Klischees entspricht, die man von dem Land hat.

Wie erfolgreich ist Saudi-Arabien mit dieser Strategie?

Die Vision 2030 ist allein deswegen schon ein Erfolg, weil alle darüber reden. Mohammed bin Salman hat es innerhalb kurzer Zeit geschafft, die trägen Verwaltungsstrukturen effizienter zu machen, die Arbeitslosigkeit zu senken und mehr Frauen in den Arbeitsmarkt einzubinden. Die nachhaltigste Entwicklung ist sicher, dass bei der jüngeren Bevölkerung ein Zukunftsoptimismus ausgelöst wurde. Sie sehen, dass sie etwas verändern können, und nehmen ihre Verantwortung vermehrt wahr. Doch die Vision bringt nicht nur Erfolge. So verschärfen sich teils Generationenkonflikte. Viele ältere Menschen haben das Gefühl, abgehängt zu werden. Konflikte innerhalb der Familien treten häufiger zutage, Gräben zwi-

schen Stadt und Land tun sich auf. Hinzu kommen die hohen Erwartungen an die Bevölkerung. Der grosse Leistungsdruck auf der jungen Bevölkerung hat negative Folgen: Die Suizidrate ist gestiegen, Drogenkonsum ist ein grosses Problem.

Die Vision 2030 gilt oft als Imageprojekt. Beinhaltet sie auch echte Bemühungen zur Verbesserung der Menschenrechte?

Das ist eine schwierige Frage. Die Situation der Frauen hat sich definitiv verbessert, rechtlich, wirtschaftlich, politisch. Diese Veränderungen sind irreversibel. Die Situation der saudischen Schiiten hat sich teilweise verbessert, weil die institutionalisierte Religion an Einfluss verloren hat. Doch was die Meinungsäusserungsfreiheit und den politischen Aktivismus betrifft, sehen wir eine deutliche Verschärfung. Oft wird unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung oder der Bekämpfung des Drogenhandels gegen Kritiker*innen vorgegangen. Es geht darum, ein Exempel zu statuieren. Das Vorgehen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen muss gesondert betrachtet werden. Viele Frauenrechtsaktivist*innen, die jetzt in Haft sind, haben sich für Ziele eingesetzt, die auch in der Vision 2030 vorkommen. Sie werden meiner Meinung nach verfolgt, weil sie durch ihren Aktivismus ins Rampenlicht rücken und so die Autorität und die Legitimität des Kronprinzen angreifen.

Mohammed bin Salman positioniert sich gerne als Reformier. Dennoch hat sich die Menschenrechtslage seit der Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi im Oktober 2018 eher verschlechtert als verbessert. Wird dieser Widerspruch auch innerhalb Saudi-Arabiens diskutiert?

Saudi-Arabien befindet sich im Umschwung: Obwohl Traditionen noch allgegenwärtig sind, setzt die Regierung viel daran, das Bild eines modernen Landes zu propagieren, das ein verlässlicher Partner sein will.

In Saudi-Arabien wird das nicht als Widerspruch gesehen. Viele Saudis sehen die Repression als notwendiges Übel, um die eigene Gesellschaft voranzubringen. Sie glauben an den Plan der Regierung, wonach gesellschaftliche Liberalisierung plus wirtschaftliche Diversifizierung plus politische Repression Stabilität ergibt. Viele haben Angst, dass Proteste und abweichende Meinungen zu Unruhen führen könnten. Selbstverständlich gibt es hinter vorgehaltener Hand Kritik. Aber am Ende des Tages wägen viele ab, ob sie Stabilität wollen oder Chaos und Anarchie.

Die Vision 2030 stösst trotz Menschenrechtsverletzungen auf Anklang. Westliche Staaten, darunter auch die Schweiz, betonen immer wieder die Fortschritte, die Saudi-Arabien im Bereich der Menschenrechte erzielt habe. Weshalb wird die Kritik immer leiser?

Das hat zwei Gründe. Einerseits ist Saudi-Arabien im Wirtschafts- und Sicherheitsbereich ein wichtiger strategischer Partner für viele europäische Länder und ist nach der Invasion Russlands in der Ukraine zu einem wichtigen Energielieferanten geworden. Die Vision 2030 bietet andererseits ein enormes Potenzial für ausländische Investor*innen. Viele europäische Firmen sind in saudischen Grossprojekten wie Neom oder The Line aktiv und verdienen da viel Geld.

Saudi-Arabien scheint auf der politischen Weltbühne angekommen zu sein. Im vergangenen Jahr war der Golfstaat Gastgeber einer internationalen Konferenz zum Ukraine-Krieg, jetzt bietet sich Kronprinz Mohammed bin Salman als Vermittler im Nahostkonflikt an und will die nächste Friedenskonferenz zur Ukraine durchführen. Wird das Land zum neuen Friedensvermittler?

Saudi-Arabien vermittelt schon länger zwischen verschiedenen Ländern, früher geschah dies jedoch oft im Verborgenen. Der Krieg in Gaza, der Konflikt mit Iran, der Krieg im Jemen: Das sind Unruheherde, die potenzielle Investor*innen abschrecken könnten. Saudi-Arabien hat also ein grosses Interesse an regionaler Stabilität – und nimmt dafür gerne eine aktivere Rolle in der Friedensvermittlung ein. Dem Land kommt zugute, dass es im Gegensatz zu dem meisten westlichen Ländern gute Netzwerke im globalen Süden und Verbindungen zur arabischen Welt hat. Dass es keinem globalen Lager zugeordnet werden will, spielt dem Königreich im Moment auch in die Karten. Saudi-Arabien ist sowohl mit den USA als auch mit China im Gespräch. Aktuell funktioniert diese pragmatische, opportunistische Aussenpolitik. Doch der Moment mag kommen, wo Saudi-Arabien Stellung beziehen muss.

Saudi-Arabien hat im März 2023 die diplomatischen Beziehungen zum Iran wieder aufgenommen. Auch die Spannungen mit Katar haben sich entschärft. Gleichzeitig ist Saudi-Arabien noch immer eine aktive Kriegspartei im Jemen. Welche Strategie steckt dahinter?

Saudi-Arabien will aus dem Jemen-Konflikt herauskommen, weil der sehr kostspielig ist und sich negativ auf die Reputation auswirkt. Die Verhandlungen mit der jemenitischen Huthi-Miliz sind im Gange. Die Annäherung an den Iran soll helfen, den Konflikt zu entschärfen. Saudi-Arabien hat begriffen, dass Konfrontation nicht hilft, die eigenen Ziele zu erreichen. Zudem ist der Konflikt ein Sicherheitsrisiko. Es gab immer wieder Luftschläge in Richtung Saudi-Arabien. Das wirkt sich negativ auf die Pläne allfälliger Investor*innen aus.

Im Nahostkonflikt hält sich Saudi-Arabien im Moment vornehm zurück. Warum?

Die Gespräche mit Israel waren für Saudi-Arabien wichtig, weil die Hoffnung bestand, stärkere Sicherheitsgarantien von den USA zu bekommen. Vor dem 7. Oktober gab es eine Phase, in der Saudi-Arabien über eine Normalisierung der Beziehungen mit Israel nachdachte. Seither ist es für die saudische Regierung aber extrem schwierig, weiter mit Israel und den USA zu verhandeln, da die saudische Bevölkerung die israelische Offensive im Gazastreifen stark kritisiert. Derzeit liegt der Fokus der saudischen Führung vor allem darauf, Sicherheitsgarantien von den USA zu erhalten.

Welche Herausforderungen entstehen durch den Machtgewinn Saudi-Arabiens für den Westen?

Es gibt Chancen und Risiken zugleich. Das Risiko besteht immer, dass der Westen Zugeständnisse macht, sich Saudi-Arabien aber dennoch nach anderen Partner*innen, wie etwa China, orientiert. Es entstehen jedoch auch Chancen. Saudi-Arabien kann als Brückenbauer zwischen dem Westen und anderen Akteur*innen agieren. Die Öffnung Saudi-Arabiens bietet eine Chance für einen besseren Dialog, für einen Zugang zur Region. Dieser Dialog wird schwierig, auch aufgrund der Menschenrechtsverletzungen. Aber es bleibt kaum eine andere Wahl, wenn der Westen verhindern will, dass sich Saudi-Arabien gänzlich Ländern wie China oder Russland zuwendet. |



© Michael Hoang

Sebastian Sons ist Experte für Saudi-Arabien und die Golfregion und arbeitet als Wissenschaftler beim Center for Applied Research in Partnership with the Orient (CARPO) in Bonn.

Neom: Grössenwahn eines Prinzen

Für das gigantische Projekt in der saudischen Wüste wird nicht nur die lokale Bevölkerung vertrieben, jegliche Opposition gegen Neom wird unterdrückt. Mit ihrer Beteiligung am futuristischen Siedlungsprojekt machen sich westliche Firmen mitschuldig. Von Marc Thörner

«Wir werden hier nicht weggehen!» Kurz nachdem die Schrift an einer Mauer aufgetaucht ist, saust eine Kolonne von etwa 40 Jeeps durch ein Wüstendorf. Spezialkräfte springen von den Wagen, verschaffen sich Einlass in mehrere Gehöfte, zerren Familien heraus. Geheimpolizisten kidnappen das Kind, das den Slogan gepinselt haben soll, und brausen mit ihm davon.

Eine Szene, wie man sie aus einem Kriegsgebiet kennt. Sie ging aber im Frühjahr 2020 dem Bau des Siedlungsprojekts Neom in Saudi-Arabiens Grenzgebiet mit Jordanien und Ägypten voran.

Rings um die Dörfer al-Khuraiba, Sharma und Gayal wohnt die Bevölkerungsgruppe der al-Howaitat, seit Generationen im Königreich als Fischer*innen bekannt und für ihre Kamele bewundert. Allerdings passen sie schlecht ins Bild der vom Regime favorisierten Mittelklasse. Die traditionelle Weise, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten, funktioniert nicht in einem Neubauviertel. Um für Neom Platz zu schaffen, sollen sie umgesiedelt werden.

Dagegen protestieren die al-Howaitat friedlich, formulieren Protestnoten, sammeln Unterschriften. Als Tage später vor dem Anwesen ihres Wortführers, Abdulrahim al-Howaiti, eine Polizeikolonnie anrückt, kann er das noch per Handy dokumentieren. Dann eröffnet die Polizei das Feuer. Abdulrahim schießt zurück. Er stirbt in den Trümmern seines Hauses. Nach offizieller Lesart bei einem Antiterrorereinsatz.

Kalkulierte Repression | Neom ist eine Sonderzone von der Grösse Belgiens. Hier soll das neue Saudi-Arabien entstehen, das Leben nach dem Erdöl, in einer wettbewerbsfähigen und offenen Gesellschaft – wie es in der Werbung heisst. Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten an einem Ort, so dass auch Digitalnomad*innen aus der ganzen Welt angezogen werden.

«Ein Ort, an dem der Geist zur Ruhe kommt. Gleichzeitig aber auch ein Ort, an dem wir Wohlstand generieren und

eine ganz neue Zukunft entwerfen können.» So stellt Klaus Kleinfeld 2017 auf einem Panel das Gebiet der al-Howaitat vor. Der Ex-Chef von Siemens und erste Neom-Aufsichtsratsvorsitzende schwärmt von der Lage zwischen Wüste und Meer. Das Dreiländereck Saudi-Arabien, Jordanien und Israel beschreibt er als praktisch unberührt.

Unberührt und verfügbar mag das Gebiet aus Sicht ausländischer Investor*innen sein. Das gilt jedoch nicht für jene rund 20 000 Menschen, die aus dem Baugebiet vertrieben werden. Sie kennen das gnadenlose Machtkalkül der regierenden al-Saud-Familie, die den grössten Teil der Arabischen Halbinsel in ihren Privatbesitz verwandeln konnte. Unter Berufung auf die «wahre Religion» oder auf die «Moderne», stets aber mithilfe neuester Technik aus dem Ausland tun sie alles, um ihre Ziele zu erreichen.

Als ungewöhnlich offenbart sich derweil die Persönlichkeit des jungen Machthabers, Kronprinz Mohammed bin Salman, der 2017 von seinem kranken Vater, König Salman, überraschend mit der Regierung betraut wurde und die Oligarchie alter Prinzen aufmischt. Neom passt in seine Vision 2030, das Regierungsprogramm, das Saudi-Arabien in die Zukunft führen soll. Mit der Neom-Wohnsiedlung The Line soll weltweit die erste Stadt entstehen, die völlig klimaneutral ist, ohne Emissionen und Autoverkehr, umgeben vom Erholungsgebiet Trojena, der Industriestadt Oxagon und einer vorgelagerten Ferieninsel namens Sindalah.

MBS, wie sich der Kronprinz gerne abkürzt, bemüht sich um ein neues Image als Freund des Westens, als Menschenfreund, und greift auch selbst zum Mikrofon: «Warum müssen Millionen Menschen sterben? Jährlich? Aufgrund von Luftverschmutzung?»

Dass er selbst hunderte Kritiker*innen verhaften oder beiseiten lässt, so etwa den Journalisten Jamal Khashoggi, wird gerne verschwiegen. Ebenso spricht er nicht darüber, was mit den verhafteten Neom-Gegner*innen passierte. Mindestens 47 von ihnen sitzen nach Informationen der Menschenrechtsplattform ALQST im Gefängnis. Mindestens drei Personen wurden als «Terroristen» zum Tode ver-

Marc Thörner ist Auslandsjournalist und Sachbuchautor und berichtet vorwiegend aus dem Nahen und Mittleren Osten.



© Balhis Press/ABACA/Imago

Besucher*innen betrachten an einer Ausstellung in Riad Modelle des Projekts The Line.

urteilt, darunter auch Shadli, der Bruder des erschossenen Abdulrahim al-Howaiti. Er hatte in den sozialen Medien Mitgefühl mit seinem getöteten Verwandten bekundet. In der Haft wurde Shadli gefoltert. Laut der Menschenrechtsverteidigerin Lina al-Hathloul wurde er geschlagen und gezwungen, stundenlang auf einem Bein in der prallen Sonne zu stehen.

Sie waschen ihre Hände in Unschuld | Am 28. April 2023 schaltet sich Balakrishnan Rajagopal, Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf angemessenen Wohnraum, ein. Er äusserte gegenüber der saudischen Regierung und der Neom-Company seine Besorgnis und informierte die beteiligten international tätigen Firmen und die für sie zuständigen Regierungen über die Todesurteile und die Verhaftungen. Er mahnt die Staaten an, die von ihnen 2011 unterzeichneten Uno-Richtlinien zu Wirtschaft und Menschenrechten umzusetzen.

Die meisten Firmen und Regierungen antworten Wochen später. So etwa das deutsche Architekturbüro Lava: Man habe keine Kenntnis von Menschenrechtsverletzungen «in dem Bereich, in dem wir arbeiten». Dabei sind Staaten wie Deutschland, die Niederlande oder Frankreich inzwischen nicht nur an die nicht einklagbaren Uno-Richtlinien, sondern auch an das neue EU-Lieferkettengesetz gebunden, das die Regierungen anweist, Firmen von Beteiligungen an Menschenrechtsverstössen abzuhalten. Und zwar entlang der gesamten Lieferkette.

Auch Schweizer Firmen machen mit Neom ihr grosses Geschäft. So zum Beispiel das Logistikunternehmen Kühne und Nagel, das die Turbinen für Neoms Windpark transportiert. Die beteiligten Schweizer Unternehmen reihen sich in den

Reigen jener Firmen ein, die ihre Investitionen ins angeblich umweltfreundliche Vorzeigeprojekt als eine Art von Werbung verstehen. Obwohl das Projekt unter Architekturkritiker*innen längst als Mogelpackung gilt. Nur für die Ausschachtung der 170 Kilometer langen Bandstadt, für den Bau der Seitenwände und beim Untertunneln für den Schienenverkehr würden so viel Zement und Beton verwendet, dass der CO₂-Abdruck selbst dann nicht ausgeglichen werden könnte, wenn Neom 100 Jahre lang tatsächlich klimaneutral betrieben werden könnte.

Laut Recherchen der BBC ist es jetzt vor allem Geldmangel, der die Neom-Company ins Grübeln bringt – darüber, ob sich einige der geplanten technischen Rekorde etwas dimensionieren lassen. Etwa die ursprünglich auf 170 Kilometer angesetzte Länge der Wohnstadt, die 500 Meter hohen beiden Spiegelwände, die The Line einrahmen sollen – oder die Grösse des künstlichen Monds, der das Projekt ins rechte Licht tauchen soll.

Bisher verhallen jedoch Appelle von Städteplaner*innen ebenso ungehört wie die von Menschenrechtsverteidiger*innen wie Lina al-Hathloul: «Wenn wegen Neom Menschen die Köpfe abgeschlagen werden sollen, dann müsste doch langsam das Nachdenken darüber einsetzen», sagt sie. Zu einer Zeit, in der vielen Regierungen auf der Suche nach Alternativen zum russischen Öl und Gas MBS als Partner unersetzlich scheint, ist die Durchsetzung geltenden Rechts offenbar keine Option. Eine Politik, die sich bitter rächen könnte, meint Lina al-Hathloul. Mit MBS züchte der Westen gerade ein Monster heran, das sich «gegen den Westen wenden wird, wann immer es ihm opportun erscheint». |



Über jede Kritik erhaben

Verrät die Schweiz ihre aussenpolitischen Leitlinien der Förderung der Menschenrechte und des Friedens im Interesse der Wirtschaftsbeziehungen? Jedenfalls verhält sich die Schweizer Regierung auffällig still, wenn es darum geht, Saudi-Arabien an seine internationalen Verpflichtungen zu erinnern. Von Baptiste Fellay

Die saudische Vision 2030 und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Möglichkeiten wecken den Appetit ausländischer Unternehmen – auch hierzulande. So besuchte Bundesrat Guy Parmelin wie viele Staatsgäste vor ihm Saudi-Arabien im Februar 2024 in Begleitung einer grossen Delegation von Wirtschaftsvertreter*innen. Zwischen 2021 und 2023 verdoppelte sich das Handelsvolumen zwischen

der Eidgenossenschaft und dem Königreich und erreichte 2023 einen Wert von 6,9 Milliarden Schweizer Franken.

Die saudische Regierung wirbt mit einer Reihe von fortschrittlichen gesellschaftlichen Reformen, die Auslandsinvestitionen fördern sollen. Die Fortschritte im Bereich Menschenrechte sind allerdings gering, es kommt weiterhin systematisch zu massiven Menschenrechtsverletzungen. Dennoch betont die Schweizer Regierung immer wieder die diesbezüglichen Fortschritte, die in Saudi-Arabien erzielt würden.

Opportunistische Zurückhaltung | Die arabischen Staaten und die BRICS-Staaten Brasilien, Russische Föderation, Indien, China und Südafrika gewinnen weltweit an Einfluss. Die Journalistin Myret Zaki, ehemalige Chefredaktorin der Westschweizer Wirtschaftszeitung «Bilan», ist daher nicht überrascht über die Haltung der Schweizer Regierung gegenüber Saudi-Arabien: «Die Rolle des Westens als Weltpolizei wird immer weniger toleriert», sagt sie. Wenn

Im Warteraum für eine Audienz: Ausländische Diplomatinen, CEOs und saudische Geschäftsleute geben sich in Saudi-Arabien derzeit die Klinke in die Hand.

die europäischen Länder Zugang zu den Chancen haben wollte, die die aufstrebenden Mächte bieten, hätten sie keine andere Wahl, als zu versöhnlicher Rhetorik zu greifen. Zumal sie in Konkurrenz mit Ländern wie China stehen, das selbst eine schreckliche Menschenrechtsbilanz vorweist. «Die Schweiz ist zudem nicht in der besten Position, wenn es darum geht, Moralpredigten zu halten», sagt Myret Zaki, denn Saudi-Arabien ist der viertgrösste Abnehmer von Schweizer Kriegsmaterial. Im Jemenkonflikt sind Spuren von Schweizer Kriegsmaterial gefunden worden, das an die Koalition der von Saudi-Arabien angeführten Militärallianz geliefert wurde.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hält sich mit Kritik vornehm zurück und will die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Saudi-Arabien in den kommenden Jahren gar intensivieren. Seco-Sprecher Fabian Maienfisch hebt daher auf Anfrage wenig überraschend die gesellschaftlichen Fortschritte hervor, die Saudi-Arabien gemacht habe, bevor er einräumt, dass «wichtige Herausforderungen bestehen bleiben». Er versichert, dass die Schweiz die Menschenrechtsproblematik regelmässig mit den saudischen Behörden bespreche – insbesondere auch während des Besuchs von Bundesrat Guy Parmelin in Riad im Februar. «Die Schweiz ist der Ansicht, dass durch einen offenen und anspruchsvollen Dialog Fortschritte im Bereich der Menschenrechte erzielt werden können», schreibt Maienfisch. So hatte die Schweiz im Rahmen der universellen periodischen Überprüfung des Uno-Menschenrechtsrats im Januar dieses Jahres «vier konkrete Empfehlungen an die saudischen Behörden gerichtet», die die Todesstrafe, das Recht auf freie Meinungsäusserung, die Versammlungsfreiheit sowie die Ratifizierung internationaler Menschenrechtskonventionen betrafen.

Aus wirtschaftlicher Sicht wäre es kontraproduktiv, den Partner zu brüskieren. Myret Zaki stimmt zu: «Wir bräuchten starke Hebel, um unsere Vision von Menschenrechten durchzusetzen, ohne uns von den saudischen Märkten abzuschneiden. Hebel, über die die Schweiz nicht verfügt.» Die Journalistin betont aber dennoch die Doppelmoral der Schweizer Strategie. «Man zögert zum Beispiel weniger, den Iran anzugreifen», sagt sie. Tatsächlich kritisiert die Schweiz den Iran eher, verurteilt etwa Hinrichtungen und die Gräueltaten der Sittenpolizei offen, während man solches mit Saudi-Arabien laut Mitarbeiter*innen des EDA lieber in bilateralen Gesprächen und hinter verschlossenen Türen bespricht.

Doch auch im Iran wird die Kritik oft nur verhalten geäussert, um die «guten Dienste» nicht zu gefährden.

Fehlende Alternativen | Es sieht nicht danach aus, als würde sich dies in naher Zukunft ändern. «Wir haben es mit einem aufstrebenden Land zu tun, das immer reicher und mächtiger wird. Es wird immer schwieriger, gegenüber Saudi-Arabien kritisch zu sein», sagt Myret Zaki. Das saudische Königreich ist tatsächlich dabei, sich als technologischer, touristischer und finanzieller Hub im Nahen Osten zu etablieren. Fabian Maienfisch beziffert die Schweizer Wirtschaftsinteressen in Saudi-Arabien: «Die zunehmende Diversifizierung der Wirtschaft des Landes bietet viele Möglichkeiten für unsere Wirtschaft. Von den 6,9 Milliarden, die der bilaterale Handel ausmacht, belaufen sich die Schweizer Exporte auf 6,1 Milliarden Franken.»

«Die Schweiz steht vor einer existenziellen Herausforderung, auch aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Europäischen Union», sagt Myret Zaki. «Die geringste Rezession auf dem Kontinent würde uns mit voller Wucht

Zwischen 2021 und 2023 verdoppelte sich das Handelsvolumen zwischen der Eidgenossenschaft und dem Königreich und erreichte 2023 einen Wert von 6,9 Milliarden Schweizer Franken.

treffen.» Seit mehreren Jahren verfolgt die Schweiz daher eine Strategie der Diversifizierung, vor allem mithilfe von Freihandelsabkommen. «Wenn wir uns vom Wirtschaftsaufschwung der Golfstaaten abschneiden, würden unsere Alternativen stark eingeschränkt.» Die Journalistin glaubt, dass die Intensivierung der Beziehungen zu Saudi-Arabien Teil einer Strategie ist, um den Wachstumsbedarf der Schweiz in den nächsten 50 Jahren zu decken. «Die Welt verändert sich und die Beziehungen müssen neu aufgebaut werden», sagt sie. Zumal die Schweiz dank günstiger bilateraler Rahmenbedingungen, die zwischen den beiden Parteien ausgehandelt wurden, in diesem Rennen gut positioniert sei, wie Fabian Maienfisch erklärt.

Sollte man also im Namen der wirtschaftlichen Gesundheit die Augen vor der Menschenrechtsbilanz Saudi-Arabiens verschliessen? Myret Zaki sagt: «Es gibt keine Moral, wenn es um Wirtschaftsinteressen geht. Die hat es nie gegeben. Von keinem Land. Denn das Konzept des Wachstums steht leider oftmals im krassen Gegensatz zur Achtung der Menschenrechte.» |

Das Machtinstrument Sport

Saudi-Arabien wird zu einem der wichtigsten Player in der Sportwelt – nicht zuletzt dank des Kaufs des englischen Fussball-Clubs Newcastle United. Der Golfstaat nutzt den Sport zur Imagepflege. Und um weltweit an Einfluss zu gewinnen.

Von Natalie Wenger

Newcastle ist im Umbruch. Im Zentrum der nordenglischen Stadt spriessen neue Gebäude aus dem Boden, Hotels werden renoviert, Bürotürme aufgezogen. Der Stadtrat hat nach Jahren massiven Sparens Investitionen in der Höhe von 1,5 Milliarden Pfund (rund 1,6 Mrd. Franken) bewilligt – enorm viel für eine Ortschaft, die mit dem Niedergang der Kohle- und Stahlindustrie langsam zu verfallen drohte.

Im Zentrum der Veränderungen steht der Fussballclub Newcastle United. Anfang 2021 bekannte sich noch kaum ein*e Einwohner*in offen dazu, Fan zu sein. Siege ihres Vereins waren selten. Doch dann übernahm im Oktober 2021 der saudische Public Investment Fund (PIF), dem der Kronprinz Mohammed bin Salman vorsteht, 80 Prozent des Clubs. Die Investitionen zahlten sich umgehend aus: Die für mehr als 400 Millionen Franken zugekauften Spieler sorgten dafür, dass Newcastle United in der englischen Liga rasant aufstieg. 2023 kam die Krönung: Der Club qualifizierte sich erstmals seit 20 Jahren wieder für die Champions League.

Der Club, dessen Stadion sich mitten im Stadtzentrum befindet, wurde zu einem Fixstern. «Ich war froh, als ich von der Übernahme hörte, ich wollte endlich wieder Erfolge sehen», sagt Yousef Hatem, ein grosser Fan des NUFC. «Dennoch bin ich skeptisch den saudischen Eignern gegenüber.» Laut Hatem sei vielen Fans die Menschenrechtsbilanz Saudi-Arabiens bewusst. Man diskutiere gar über die – eher unwahrscheinliche – Möglichkeit, dass die Fans einen Teil des Vereins kaufen. «Von uns Fans zu verlangen, dass wir die moralische Instanz sind, wird der Sache jedoch nicht gerecht», sagt Yousef Hatem. «Letztendlich sind wir nur kleine Figuren in diesem Machtspiel.»

Doch es gibt auch Fans, die die neuen Besitzer feiern. Die saudische Flagge ist an den Spielen keine Seltenheit, manche tragen auf ihren Shirts die Initialen des saudischen Kron-

prinzen MBS – statt den Namen ihres Lieblingsspielers.

Allgemein nimmt die Kritik langsam ab. Noch 2022 wurde Cheftrainer Eddie Howe mit Fragen betreffend die Menschenrechte gelöchert und für seine ausweichenden Bemerkungen kritisiert. Nach einem Spiel im März 2022 lehnte er es entschieden ab, die Hinrichtung von 81 Männern im Königreich am Vortag zu verurteilen. «Ich werde mich darauf beschränken, über Fussball zu reden, das ist alles, was mich interessiert», sagte er. Mittlerweile scheinen auch viele Medien diesen Standpunkt zu vertreten, Fragen zur Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien werden kaum mehr gestellt.

Saudi-Arabien scheut keine Mühe | Das Beispiel zeigt eindrücklich, wie es Saudi-Arabien gelingt, durch Investitionen in den Sport das eigene Image aufzupolieren – und die Debatte rund um die Menschenrechtsverletzungen zu verdrängen. Newcastle United ist nur die Spitze des Eisbergs dieser «Sportwashing»-Strategie. Laut einer Recherche der dänischen Sport-Initiative Play the Game hat Saudi-Arabien 2023 insgesamt 323 Aktivitäten im Sport finanziell unterstützt, 139 davon direkt durch den Public Investment Fund (PIF).

Die ersten grossen Investitionen erfolgten 2018, als das saudische Sportministerium für 100 Millionen US-Dollar pro Jahr einen Zehnjahresvertrag für die Ausrichtung von Veranstaltungen der World Wrestling Entertainment unterzeichnete. Nach dem Tod Khashoggis im Oktober 2018 versuchte Saudi-Arabien verzweifelt, sein angeschlagenes Image zu verbessern – es flossen Millionen in den Renn-, Pferde- und Golfsport. Die Ausrichtung des ersten Formel-1-Rennens in Dschidda im November 2021 gilt ebenso als Meilenstein wie die Fusion der von Saudi-Arabien gegründeten Golfturnier LIV mit der traditionellen PGA-Tour im Juni 2023. Auch in den Frauensport investiert das Land einigeges: Die nächsten drei WTA-Tennisfinals werden in Riad stattfinden – der saudische Tennisverband winkt dieses Jahr mit Preisgeldern von 15,25 Millionen Dollar.



Innert kurzer Zeit wurde Saudi-Arabien zu einem grossen Player im Sport. Mit Cristiano Ronaldo, Karim Benzema und Neymar spielen einige der besten Fussballer der Welt für die saudische Liga – Cristiano Ronaldo agiert sogar als Markenbotschafter für Saudi-Arabien. Fast eine Milliarde Schweizer Franken wurden 2023 für Fussball-Transfers ausgegeben, insgesamt flossen knapp fünf Milliarden in den Sport. Fussball ist nicht nur ein besonders geeignetes Mittel, um das Land bekannter zu machen und die eigene Bevölkerung enger an die politische Führung zu binden. Die Saudis gelten als fussballbegeistertes Volk – das Engagement der Regierung wird daher vorwiegend positiv aufgenommen. Hinzu kommt, dass es immer weniger Investor*innen gibt, die sich die teuren Clubs der Premier League leisten können, und somit die «Konkurrenz» abnimmt.

Bisher geht der Plan auf: Die Fussball-WM 2034 wird voraussichtlich in Saudi-Arabien stattfinden, andere Bewerbungen gab es keine. Die Fifa scheint es nicht zu stören, dass eine WM in Saudi-Arabien kaum mit den Menschenrechtsrichtlinien des Weltfussballverbands zu vereinbaren sein wird.

Imagepflege und Produktivitätssteigerung |

Die Regierung in Riad scheut keine Mühen, um solche Sportevents zu einem riesigen Spektakel zu machen – sie konnte sich das bisher problemlos leisten. Doch die Einnahmen

Viele Newcastle-Fans sehen die Übernahme ihres Clubs durch Saudi-Arabien kritisch – doch es gibt auch diejenigen, die die neuen Eigner feiern.



© Jonathan Brady/Imago

durch Ölexporte drohen langsam zu versiegen. Deshalb dienen die Investitionen in Sport- und Kulturveranstaltungen nicht nur der Imagepflege, sie bieten auch eine Möglichkeit, neue Märkte zu erschliessen. Die Regierung erhofft sich davon ausserdem, die inländische Arbeitsbeschäftigung zu erhöhen. Auch soll die mehrheitlich junge Bevölkerung, in der viele an Fettleibigkeit leiden, fürs Sporttreiben begeistert und so das Gesundheitssystem entlastet werden.

Auch für andere Regierungen ist der Sport ein beliebtes Mittel, um sich in einem positiven Licht zu präsentieren. Saudi-Arabien liess sich von Ländern wie Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten inspirieren, die längst in den Sport investieren. So ist Scheich Mansour bin Zayed Al Nahyan von Abu Dhabi seit 2009 Hauptbesitzer des englischen Fussballclubs Manchester City. Katar investiert seit über 10 Jahren in den französischen Fussballclub Paris Saint-Germain und war 2022 Gastgeber der Fifa-Fussballweltmeisterschaft der Männer.

Es geht um mehr als Sport | Für Saudi-Arabien ist klar: Mit den Investitionen in die Sportindustrie sollen nicht nur neue Investor*innen angezogen werden, es soll auch der Einflussbereich im Ausland ausgeweitet werden. Vor diesem Hintergrund ist auch das Engagement beim Fussballclub Newcastle United zu sehen. «Die Investitionen in den Club öffneten das Tor zur ganzen Stadt und letztendlich zur ganzen Region», sagt Jacob Whitehead, Journalist bei der Sportpublikation «The Athletic» und Newcastle-Kenner. Es gebe Pläne für Direktflüge zwischen dem internationalen Flughafen von Newcastle und Saudi-Arabien, für Investitionen in den Energiesektor, in die Automobilindustrie, die Hafeninfrastuktur und sogar in Newcastles Universitäten. Die Saudis erhoffen sich dadurch einen Zugang zum Nordosten Englands, der von der englischen Regierung oft wenig Unterstützung erhält. «Die Politiker*innen und Wirtschaftsführer*innen der Region suchten verzweifelt nach Investor*innen, unabhängig davon, woher diese kamen. In ihren Augen ist Saudi-Arabien die Rettung», sagt Jacob Whitehead. «Dank der Investitionen aus dem PIF sollen Arbeitsplätze geschaffen, die Infrastruktur renoviert und ausgebaut und schlussendlich Wohlstand in eine Region gebracht werden, die so lange mit Armut kämpfte. Die meisten lokalen Politiker*innen äussern sich nicht negativ über Saudi-Arabien, da sie diese Investitionen nicht torpedieren wollen.»

Auch der Grossteil der Bevölkerung begrüsst die Investitionen, weil sich für sie bislang vor allem positive Entwicklungen bemerkbar machen – in der Stadt wie auf dem Fussballfeld. Zum ersten Mal seit zwanzig Jahren sind die Newcastle-Fans wirklich optimistisch, dass glorreiche Tage bevorstehen. |

Die Doppelzüngigkeit gegenüber Frauen

Saudi-Arabien's Vision 2030 beschreibt Frauen als «ein grosses Kapital» und erklärt, dass man sie «ermächtigen» wolle. Doch die offizielle Kommunikation hat mit der Lebensrealität saudischer Frauen nichts zu tun. Von Lina al-Hathloul



Sie konnten Saudi-Arabien rechtzeitig verlassen: Lina al-Hathloul (rechts) mit Fouz al-Otaibi in London.

Meine Schwester Loujain wurde ausgerechnet im Mai 2018 festgenommen, in dem Jahr, als die Behörden Frauen endlich das Recht, Auto zu fahren, zugestanden. Für dieses Recht hatte Loujain jahrelang gekämpft. Meine Schwester wurde zusammen mit anderen Aktivist*innen inhaftiert und gefoltert. Und das im Auftrag derjenigen, die angekündigt hatten, die Frauen zu «ermächtigen».

Damals war ich gerade für meine Diplomarbeit in Rechtswissenschaften in Brüssel. Während nach Loujains Verhaftung meiner Familie die Ausreise aus Saudi-Arabien verboten wurde, war ich gezwungen, im Ausland zu bleiben und von hier aus den Kampf für meine Schwester und die Frauenrechte weiterzuführen.

In den letzten Jahren haben die saudischen Behörden zwar einige der Beschränkungen, die Frauen durch das Vormundschaftssystem auferlegt wurden, aufgehoben. So dürfen Frauen nebst dem Autofahren nun auch einen eigenen Reisepass beantragen. Die strikte Geschlechtertrennung in öffentlichen Räumen wurde gelockert. Doch das Vormundschaftssystem – ein Rechtsrahmen, der erwachsene Frauen wie Minderjährige behandelt und sie der Verantwortung von Männern unterstellt – wirkt sich weiterhin negativ auf alle

Aspekte des Lebens von Frauen aus und schränkt ihre Grundfreiheiten erheblich ein.

Allmächtiges Patriarchat | Die Problematik der Frauenrechte in Saudi-Arabien beruht auf zwei grundlegenden Elementen: dem patriarchalischen Staat und der Existenz des Vormundschaftssystems einerseits und der Knebelung der saudischen Zivilgesellschaft andererseits.

So besteht das saudische Vormundschaftssystem aus Gesetzen und Gerichtspraktiken, die Frauen dem Willen ihres «Vormunds» unterwerfen – das ist je nach den Umständen der Vater, der Ehemann oder sogar der Sohn. Bevor Kronprinz Mohammed bin Salman (MBS) an die Macht kam, hatte ein solcher Vormund fast unendliche Rechte: Er entschied unter anderem darüber, ob die Frau reisen durfte oder ob sie sich an einer Universität einschreiben konnte. Und natürlich über ihre Verheiratung.

Im Rahmen der Vision 2030 hatte MBS Reformen angekündigt, die diese Regeln lockern und Frauen vor dem Missbrauch durch den Vormund schützen sollten. Doch die Wurzeln des Vormundschaftssystems sind nach wie vor fest verankert, werden durch repressive und auslegungsbedürftige Gesetze aufrechterhalten und lassen den Vormündern die Freiheit, ihre Autorität weiterhin so auszuüben, wie sie es für richtig halten.

Die neuen Freiheiten gelten somit nur so lange, wie der Vormund sich ihnen nicht widersetzt. Denn der «Ungehorsam» einer Frau gegenüber ihrem männlichen Vormund wird immer noch als Straftat beurteilt. Eine Anzeige wegen Ungehorsams kann dazu führen, dass eine Frau im Dar al-Re'aya, einer «Betreuungsinstitution», inhaftiert wird. Sie kann wegen Taghayub – also Abwesenheit oder «Flucht» aus dem Haus – inhaftiert werden, ausserdem wegen einer «moralisch unanständigen Handlung» wie ausserehelichem Sex oder wegen Ungehorsams gegenüber einem männlichen Vormund.

Lina al-Hathloul ist Juristin und Advocacy Managerin bei der NGO ALQST for Human Rights. Sie engagiert sich für Reformen des saudischen Gefängnis-systems, für das Verbot von Folter und für die Freilassung ihrer Schwester Loujain al-Hathloul.

Dies erlebte beispielsweise Shaimaa al-Bugmi: Sie war Opfer häuslicher Gewalt, erlebte sogar Morddrohungen durch ihren Vater. Die junge Frau wusste nicht, wohin sie flüchten konnte. Dennoch verliess sie ihr Elternhaus, wollte endlich unabhängig sein. Doch ihr Vater erklärte sie für flüchtig, und so wurde Shaimaa schliesslich festgenommen. Seitdem ist sie verschwunden.

Um die fehlenden Strukturen zum Schutz solcher verfolgter Frauen zu überbrücken, hatte meine Schwester Loujain al-Hathloul gemeinsam mit anderen Aktivist*innen versucht, ein Frauenhaus für Opfer häuslicher Gewalt einzurichten. Sie erhielten jedoch nie eine Genehmigung.

Oberflächliche Reformen | Das Recht von Frauen, einen eigenen Pass zu beantragen, hat dazu geführt, dass immer mehr Frauen das Land verlassen, um die Unterdrückung abzuschütteln und der rigiden Moral zu entfliehen. So wurden vor kurzem die bekannte Influencerin Fouz al-Otaibi und ihre Schwester Manahel al-Otaibi angeklagt, weil sie die Kleiderregeln verletzt und feministische Hashtags gegen das Vormundschaftssystem getwittert hatten. Fouz floh aus dem Land, aber Manahel wurde vom Sonderstrafgericht, das sich mit Terrorismusfällen befasst, zu elf Jahren Haft verurteilt.

Die Beispiele Loujain, Fouz und Manahel zeigen, wie gross die Diskrepanz ist zwischen den international propa-

gierten Reformen und der Unterdrückung der zivilen Reformbewegungen und der Aktivitäten von Frauenrechtlerinnen innerhalb des Landes. Frauen, die friedlich ihre Grundrechte einfordern, werden weiterhin ins Visier genommen und bestraft.

Und diese emblematischen Fälle sind keine Ausnahme, ganz im Gegenteil. Nachdem die Behörden die bekanntesten

Wer Solidarität mit der Frauenbewegung zum Ausdruck brachte, setzte sich dem Zorn der Behörden aus.

Aktivist*innen des Landes verhaftet und verurteilt hatten, begannen sie, auch gegen ihre Unterstützer*innen vorzugehen. Wer Solidarität mit der Frauenbewegung zum Ausdruck brachte, setzte sich dem Zorn der Behörden aus. In den letzten Monaten verurteilten saudische Gerichte mehrere Frauen wegen friedlicher Aktivitäten in sozialen Netzwerken zu langen Haftstrafen, darunter Salma al-Shehab, Fatima al-Shawarbi, Sukaynah al-Aithan und Nourah al-Qahtani. Die Behörden signalisieren dem Volk damit, dass niemand sicher ist.

Diese Frauen sitzen heute hinter Gittern, meine Schwester darf weiterhin nicht aus Saudi-Arabien ausreisen. Wer es wagt, diese Strafen infrage zu stellen, wird bestraft. Was sind das für Reformen für die Frauenrechte, wenn Frauen mundtot gemacht werden und ihnen jedes Recht auf ein selbständiges Leben verweigert wird? Schlimmer noch: Wie kann man von Reformen und Fortschritten sprechen, wenn mit dem zurzeit geplanten neuen Strafgesetzbuch gleichzeitig die Diskriminierung der Frauen und das Vormundschaftssystem offenbar sogar im Gesetz festgeschrieben werden sollen? |



Dass saudische Frauen nun Auto fahren dürfen, wird als grosser Erfolg gefeiert. Dabei sind die Rechte der Frauen immer noch sehr beschnitten.

Drei Aktivist*innen – drei Schicksale

Wer in Saudi-Arabien die Regierung oder die Elite kritisiert, riskiert viel. Viele Menschenrechtsaktivist*innen, Frauenrechtler*innen und Medienschaffende sitzen im Gefängnis – verurteilt zu jahrzehntelangen Haftstrafen oder sogar zur Todesstrafe. Wer aus dem Gefängnis entlassen wird, darf oft das Land nicht verlassen. Wir sprachen mit den Angehörigen von drei Aktivist*innen, die Amnesty seit längerem unterstützt.

Loujain al-Hathloul

Zwischen dem 15. Mai 2018 und dem 10. Februar 2021 inhaftiert

Loujain al-Hathloul wurde im März 2018 in Dubai von saudischen Sicherheitskräften entführt, nach Saudi-Arabien verschleppt und dort im Mai 2018 erneut festgenommen, ohne Haftbefehl und unter strengster Geheimhaltung. Die saudische Frauenrechtsaktivistin blieb neun Monate lang ohne Anklage in Haft, während die Medien sie des «Verrats» und der «Verschwörung» beschuldigten. 2020 wurde sie von einem saudischen Gericht wegen Störung der öffentlichen Ordnung zu rund sechs Jahren Haft verurteilt, ihr wurden auch Verbindungen zu Amnesty International vorgeworfen – dies kam laut den Behörden einem «terroristischen Akt» gleich.

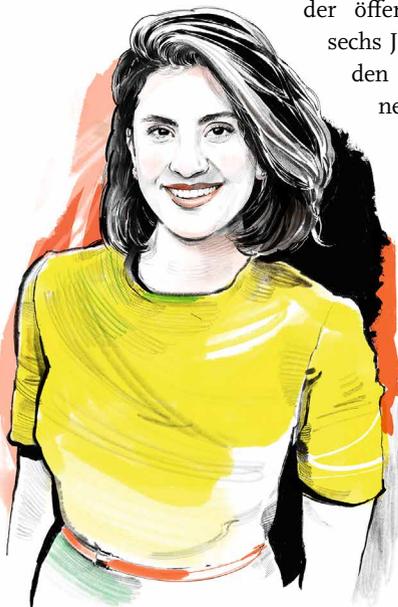
Loujain al-Hathloul verbrachte fast neun Monate in Einzelhaft und durfte wochenlang keinen Kontakt zu anderen Menschen aufnehmen. Sie wurde bedroht und misshandelt. Fast drei Monate lang wurden Loujain und ihre Mitaktivistinnen mit Stromschlägen, Peitschenhieben, Schlägen, sexueller

Belästigung und Schlafentzug gefoltert. Während ihrer Inhaftierung trat sie dreimal in den Hungerstreik. «Jetzt, da sie frei ist, kann ich jeden Tag mit ihr sprechen. Aber ihr Telefon wird abgehört, auch durch die Spionagesoftware Pegasus», erzählt ihre Schwester Lina, die selbst das Land rechtzeitig verlassen konnte (einen Artikel von Lina al-Hathloul zur Lage der Frauen in Saudi-Arabien finden Sie auf Seite 20f).

Loujain lebt und arbeitet immer noch in Saudi-Arabien. «Loujain darf weiterhin nicht ausreisen», sagt Lina. «Wir hoffen, dass die Behörden ihren Fall endlich abschliessen, das Ausreiseverbot aufheben und ihr erlauben, wieder ein normales Leben zu führen. Loujain liebt ihr Land und würde gerne dort bleiben, trotz der Doppelbestrafung, die ihr auferlegt wurde. Ihr einziges Verbrechen bestand darin, dass sie in Würde leben wollte. Loujain sollte gefeiert werden, sie sollte ein Beispiel für den Fortschritt Saudi-Arabiens sein. Die Behörden würden viel gewinnen, wenn sie sie als die Heldin behandeln würden, die sie ist.» (JMB)

Raif Badawi

Der Internet-Aktivist Raif Badawi hatte es gewagt, in einem Blog die Meinungs- und Redefreiheit zu verteidigen. Auch unterstützte er andere kritische Anliegen wie etwa das Recht von Frauen, Auto zu fahren. Deswegen und weil er wegen religionskritischer Artikel den Islam beleidigt habe, wurde er am 8. Mai 2014 zu 1000 Stockhieben, zehn Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von einer Million saudischen Rial (umgerechnet rund 236 000 Franken) verurteilt. Die ersten 50 Hiebe wurden am



9. Januar 2015 auf dem Marktplatz der Hafenstadt Dschiddah ausgeführt. Aufgrund seiner sehr schlechten gesundheitlichen Verfassung wurde die Prügelstrafe mehrere Male ausgesetzt.

«Während seiner Haft standen wir regelmässig über ein öffentliches Telefon im Gefängnis in Kontakt», erzählt seine Frau Ensaf Haidar, die mit den drei Kindern kurz vor Raif Badawis Verhaftung ins kanadische Exil fliehen konnte. «Wir sprachen ein- oder zweimal pro Woche mit ihm. Er hat bis heute nie erzählt, wie es im Gefängnis war. Ich weiss nicht genau, warum.»

Trotz seiner Entlassung aus dem Gefängnis im Jahr 2022 darf Raif das Land noch immer nicht verlassen, und zwar bis 2032. «Jetzt, wo er frei ist, können wir uns immerhin regelmässig über Facetime austauschen», sagt Ensaf Haidar. Sie hat seit seiner Verhaftung unermüdlich für die Freilassung ihres Mannes gekämpft, hat versucht, Unterstützung von der Regierung Kanadas zu kriegen. Das kanadische Parlament antwortete ihr, dass es einverstanden damit sei, Raif die kanadische Staatsbürgerschaft zu verleihen. Doch bislang ist nichts geschehen.

Raifs Fall hat in Saudi-Arabien viel Aufmerksamkeit erregt: Eine vorzeitige Aufhebung des Reiseverbots würde einen Gerichtsverlust für die Behörden bedeuten.

«Es macht doch keinen Sinn mehr, Raif in Saudi-Arabien weiterhin von seiner Familie fernzuhalten», sagt Ensaf. «Besonders jetzt, wo die Veränderungen und die Offenheit, für die er sich eingesetzt hatte, auch von der saudischen Regierung propagiert werden.»

(JMB)

Manahel al-Otaibi

Seit dem 16. November 2022 in Haft

Am 9. Januar 2024 verurteilte das berühmte Sonderstrafgericht Saudi-Arabiens die 29-jährige Manahel al-Otaibi in einem Geheimprozess wegen «terroristischer Straftaten» zu elf Jahren Haft. Die Fitness- und Gesundheitstrainerin stand wegen Verstosses gegen das Gesetz zur Bekämpfung von Cyberkriminalität unter Anklage. Sie hatte

sich auf Twitter für mehr Frauenrechte eingesetzt und auf Snapchat Fotos von sich im Einkaufszentrum ohne Abaya (ein traditionelles, locker sitzendes, langärmeliges Gewand) geteilt.

Zwischen dem 5. November 2023 und dem 14. April 2024 war Manahel verschwunden; ihre Familie konnte sie nicht erreichen. Dies war sehr beunruhigend für die Angehörigen, wie ihre Schwester Fouz berichtet: «Ich habe im Gefängnis von Malaz angerufen, weil ich mir Sorgen gemacht habe, dass es ihr nicht gut geht. Ich habe immer wieder versucht, sie zu erreichen.» Als Manahel endlich ihre Familie anrufen konnte, erzählte sie, dass sie in Einzelhaft gehalten werde und geschlagen worden sei, was zu einem gebrochenen Bein geführt habe. Manahel sagte auch, dass sie im Gefängnis am Sport gehindert werde und kein Yoga machen dürfe. Sie ist Fitnesstrainerin, und das regelmässige Training ist ihr sehr wichtig, um eine Muskelerkrankung in den Griff zu bekommen.

Manahel befindet sich derzeit im al-Mazal-Gefängnis in Riad. Sie kann ihre Familie sporadisch anrufen, alle paar Wochen, aber es gibt keine festen Zeiten. Offen zu sprechen, ist gefährlich. Daher ist nur wenig über ihre momentane Situation bekannt. Gefängnisbesuche sind der Familie nicht erlaubt.

«Manahel, meine andere Schwester Mariam und ich gehören zu den prominentesten Aktivistinnen für die Rechte der Frauen in Saudi-Arabien. Wir versuchten doch nur, ein normales Leben zu leben und unsere Rechte auszuüben», sagt Manahels Schwester Fouz al-Otaibi, die mittlerweile in Grossbritannien lebt. Gegen die Schwester Mariam ist in Saudi-Arabien derzeit ein Reiseverbot verhängt. «Sie haben es weiterhin auf alle Frauen abgesehen, die sich für die Rechte der Frauen einsetzen. Ich kämpfe weiterhin für meine Schwester und versuche, sie zu retten», sagt Fouz al-Otaibi.

(mre)



Illustrationen: André Gottschalk



Der Kampf um Gerechtigkeit geht weiter

Auch vier Jahrzehnte nach der verheerendsten Industriekatastrophe, die Indien erlebt hat, leiden die Menschen an den Folgen – doch sie geben nicht auf in ihrem Kampf um Gerechtigkeit. Von Natalie Mayroth



Die Wut ist gross: Überlebende demonstrierten auch am 27. Jahrestag der Katastrophe in Bhopal gegen das Unternehmen Dow Chemicals.

schen waren ihm ausgesetzt. «Meine Augen brannten, als hätte mir jemand Chilipulver in die Augen gestreut», erinnert sich der heute 71-jährige Tulsi Kumar.

Der Insektizidbestandteil Methylisocyanat ist eine farblose, toxische und leicht flüchtige Flüssigkeit. Beim Menschen verursacht MIC schwere Verätzungen der Schleimhäute und greift innere Organe an. In jener Nacht legte sich eine Wolke des tödlichen Gases – ein Zwischenprodukt bei der Herstellung von Pflanzenschutzmitteln – über Bhopal und tötete Tausende Menschen sofort.

In der Siedlung Jai Prakash Nagar, nur wenige Meter von der Fabrik entfernt, brach Panik aus. Tulsi verriegelte die Tür seines Hauses. «Ich hörte das Chaos um mich herum: Schreie, Schritte, Dinge, die zu Bruch gingen», sagt er. Er schloss sich mit seinen drei kleinen Kindern und seiner schwangeren Frau im Haus ein. Es waren Stunden voller Angst. «Am nächsten Morgen kamen Regierungsbeamte und gaben uns Augentropfen, aber sie linderten den Schmerz nicht.» Vorübergehend wurde die Familie evakuiert. Erst nach und nach wurde klar, wie viel seine Familie erleiden würde und dass Tulsi bis ins hohe Alter davon belastet bleibt.

Zehntausende Tote | In den ersten Tagen starben bis zu 10 000 Menschen, 22 000 weitere verloren ihr Leben vorzeitig als direkte Folge der Katastrophe. Bis 150 000 Menschen leiden bis heute unter den Spätfolgen.

In einem hellblau-rosa gestrichenen Häuschen lebt Tulsi Kumar bis heute in der Nähe des Unfallorts. Das erste Kind in seiner Familie starb sieben Monate nach dem Unglück. Tulsi zieht seine Enkelkinder gemeinsam mit seiner Schwiegertochter gross, auf deren Einkommen als Haushälterin die Familie angewiesen ist. Zehn Jahre nach dem Chemieunfall konnte Tulsi, der Hauptverdiener der Fa-

milie, aufgrund gesundheitlicher Probleme keine schwere körperliche Arbeit mehr verrichten. Manchmal schneidet er mit den Kindern Gemüse oder Obst für Eingelegtes, um etwas zusätzliches Geld zu verdienen. Ein Gefühl der Ohnmacht begleitet ihn.

Nach Jahren des Wartens erhielt die Familie schliesslich Entschädigungszahlungen, doch sie reichten nicht aus, um die medizinischen und persönlichen Kosten zu decken. Denn auch zwei Generationen später sind die Folgen der Katastrophe noch spürbar. Die beiden Enkelkinder, die bereits im Teenageralter sind, sind kleinwüchsig. An diesem Nachmittag rennen sie fröhlich kreischend herum, sie sehen aber wesentlich jünger aus, als sie sind. «Zu jedem Jahrestag des Unglücks stelle ich mir die Frage, wie die nächste Generation überleben wird», sagt Tulsi Kumar.

Trauer um Verstorbene gibt es in jedem Haus in der Siedlung. Noorjahan war zum Zeitpunkt des Unglücks gerade Mutter geworden. Ein Freund der Familie, der im Werk tätig war, warnte sie noch in der Nacht: «Er kam schreiend zu uns», sagt sie. Sie sollten das Haus sofort verlassen, riet er. Als sie zurückkehrten, war alles mit einer weissen Schicht überzogen. Noorjahans Neugeborenes erkrankte schwer, sein Körper war nach dem Unfall angeschwollen. Oft musste der Kleine ins Krankenhaus, unter anderem zur Dialyse. Er überlebte, starb aber in seinen Dreissigern.

In einem blauen Hefter bewahrt Noorjahan Entschädigungsnachweise, Krankenbelege und Sterbeurkunden auf. «Eigentlich hätten wir ein Anrecht auf eine Entschädigung von 25 000 Rupien (1430 CHF) für mein Baby gehabt», sagt sie. Doch ihr Anspruch wurde ihr verweigert, stattdessen erhielt sie eine Zahlung

Natalie Mayroth arbeitet als Südasien-Korrespondentin für deutschsprachige Medien.

Die rostigen Ruinen der Union-Carbide-Pestizidfabrik sind ein Mahnmal im Stadtbild von Bhopal, der Hauptstadt des indischen Bundesstaates Madhya Pradesh. Sie erinnern an das verheerende Chemieunglück, dass sich hier in der Nacht auf den 3. Dezember 1984 ereignete. 27 Tonnen hochgiftiges Methylisocyanat (MIC) traten damals aus einem Tank der Fabrik aus, die zum US-Unternehmen Union Carbide Corporation (UCC) gehörte. Das Giftgasgemisch verbreitete sich in der schlafenden Stadt. Mehr als eine halbe Million Men-

© Rafiq Maqsood / AP / Keystone



Auch nach Jahrzehnten verseuchen die giftigen Abfälle der verlassenen Fabrik noch immer den Boden von Bhopal.

© ZUMA Press Wire/Imago

über 1000 Rupien (etwa 55 CHF). Als das Geld nicht mehr reichte, verkaufte sie ihren Goldschmuck.

«Viele hier sind auf Gelegenheitsjobs angewiesen», sagt sie. «Was uns helfen würde, wären Arbeitsplätze für meine Kinder, für meine Enkelkinder», sagt die 60-Jährige. Die Familie musste in der Siedlung bleiben, stets mit der Vergangenheit konfrontiert.

Falsche Angaben | Auch Divya Kishor Satpathy wird den 3. Dezember 1984 niemals vergessen. Als der damals 35-jährige Arzt im Hamidia-Spital eintraf, rangen Hunderte von Menschen nach Luft. Andere waren bereits tot. Auf Karren und in Lastwagen wurden sie zu Hunderten vom Unfallort abtransportiert. Vor Ort wussten die Ärzt*innen zunächst nicht, wie man die Kranken behandeln sollte, was genau mit ihnen geschehen war. «Mir wurde gesagt, dass selbst der Arzt, der von Union Carbide angestellt war, keine Ahnung hatte», sagt Satpathy.

Dem Mediziner wurde schnell klar, dass er nicht genug Personal hatte, um so viele Autopsien gleichzeitig durchzuführen. Student*innen wurden eingespannt. Er wollte den Opfern Gerechtigkeit widerfahren lassen und die Todesursache nachweisen. Über die nächsten fünf Jahre führte er 18000 Autopsien durch und dokumentierte unzählige Verletzungen sowie genetische Veränderungen und Mutationen bei Überlebenden und Neu-

geborenen. «Sie sind qualvoll gestorben», sagt Satpathy, noch heute sichtlich erregt. Die Frage nach der Gerechtigkeit, nach der Verantwortung bewegt ihn weiter. Er ist der Meinung, dass die Behörden diese Chemie-Anlage niemals hätten genehmigen dürfen.

«Die Frau, die gestorben ist, ist tot. Das ist tragisch genug. Aber was ist mit der Schwangeren, die überlebt hat? Ihr Kind wurde vergiftet geboren. Wer hat sich um die körperliche und geistige Entwicklung des Kindes gekümmert? Wer hat an eine Entschädigung gedacht?», er eifert sich Divya Kishor Satpathy. «Hätte sich dieses Unglück in einer wohlhabenden Gegend ereignet, hätte man viel mehr geholfen.» Die Pestizidfabrik wurde jedoch in einem dicht besiedelten Teil von Bhopal betrieben, in dem überdurchschnittlich viele Angehörige der muslimischen Minderheit und der unteren Kasten leben. Private Stiftungen, die zur Unterstützung der Opfer gegründet wurden, tun ihr Möglichstes, um zu helfen. Doch nicht alle, die Hilfe nötig hätten, erhalten diese.

Keine Angst vor dem Tod | Vishnu Bai sitzt auf den Stufen vor ihrem Haus und starrt ins Leere. «Wenn so viele Menschen tot sind, was zählt dann noch unser Leben?», fragt die ältere Frau. Diese Gedanken quälten sie schon vor 40 Jahren, als sie viele Angehörige verlor. «Die drei kleinen Kinder meiner Schwester starben direkt vor meinen Augen»,

sagt sie mit leiser Stimme. «Mein Sohn war erst drei Monate alt. Ich wickelte ihn in ein Tuch und schaffte es irgendwie, ihn zu retten.» Trotz des Unglücks kehrten auch sie in ihre Siedlung zurück. «Wir hatten keine Angst vor dem Tod mehr, also sind wir geblieben.»

Kürzlich hat Vishnu Bai ihren jüngsten Sohn verloren. Er hatte keinen Willen mehr weiterzuleben. Seine gesundheitlichen Probleme und die Suche nach Arbeit machten ihm so sehr zu schaffen, dass er Suizid beging.

«Wir haben so hart gekämpft, um Gerechtigkeit zu bekommen. Wir sind in Delhi, Mumbai und Bhopal in den Hungerstreik getreten», erzählt Vishnu Bai. Sie und andere Verbündete versuchen seit Jahrzehnten, Anerkennung zu bekommen für das, was ihnen hier widerfahren ist. «Wir haben aus Protest in Leichentüchern auf der Strasse geschlafen. Doch jedes Mal hat man uns im Stich gelassen.»

Keine faire Kompensation | Schon vor dem Unglück gab es Kontroversen um den Konzern Union Carbide Corporation, der die Chemiefabrik betrieb. Die Anlage sollte 1984 eigentlich verlegt werden. Dazu kam es nie. Nach dem Unglück wurde der Betrieb der Fabrik eingestellt, ohne dass je eine Umweltsanierung durchgeführt worden wäre oder man sich um die grossen Chemikalienvorräte gekümmert hätte, die nach wie vor in der Fabrik gelagert wurden.

Zu einem Vergleich zwischen der UCC und der indischen Regierung kam es im Jahr 1989. Der Konzern zahlte einmalig 470 Millionen Dollar an die indische Regierung, was 5 Prozent des damaligen Konzernumsatzes entsprach. Durchschnittlich erhielten Betroffene durch die Lokalregierung 500 US-Dollar Entschädigung pro Person. Die meisten erhielten das Geld erst, als sie schon längst verschuldet waren.



Tulsi (links) und Noorjahan, die ihre Gesichter lieber nicht zeigen möchten, erzählen von den anhaltenden Folgen des Unglücks.

2010 verurteilte ein Gericht in Bhopal mehrere ehemalige indische Mitarbeiter des Werks wegen «fahrlässiger Tötung». Doch die Führungsriege aus den USA blieb verschont. Aktivist*innen forderten vergebens, den ehemaligen Vorsitzenden von Union Carbide, Warren Anderson, vor Gericht zu stellen. Der Konzern UCC wurde später vom Chemieriesen Dow Chemical übernommen, der ebenfalls in

den USA ansässig ist (siehe Kasten). Dow Chemical lehnt weiterhin jede Haftung ab.

Langzeitfolgen bis heute |

Überdurchschnittlich viele Menschen in Bhopal leiden weiterhin an chronischen Krankheiten, Kinder werden mit Behinderungen geboren. Bei Menschen, die während der Bhopal-Tragödie ausströ-

mendem Gas ausgesetzt waren, wurden laut der Nichtregierungsorganisation Sambhavna Trust mehr als dreimal so häufig Diabetes, Herzkrankheiten, Nervenkrankheiten und Arthritis diagnostiziert. Die Anwohner*innen selbst berichten, dass Tuberkulose, Lähmungen und Lungenprobleme weit verbreitet sind.

Untersuchungen haben gezeigt, dass die Verschmutzung des Werkgeländes anhält, einschliesslich der Kontamination des Bodens und des Grundwassers mit Schwermetallen. Die verlassenen Überreste der Fabrik sind zwar eingezäunt, doch werden sie von Ahnungslosen als Weidefläche für Ziegen oder Kühe genutzt. 337 Tonnen Giftmüll sollen nun endlich entsorgt werden, heisst es von der Landesregierung.

Eine positive Veränderung brachte die Katastrophe mit sich: Erstmals rückte der Schutz von Mensch und Umwelt vor Industrieunfällen in Indien in den Fokus. Doch das ist nur ein kleiner Trost für die Bewohner*innen der Siedlung Jai Prakash Nagar. Auch vierzig Jahre nach der Katastrophe gibt es für sie keine Gerechtigkeit, es bleiben schmerzhaft Erinnerungen, anhaltende Gesundheitsprobleme und ein Gefühl des Betrugs durch Unternehmen und Regierungen, die sie im Stich gelassen haben.

«Die Forderung nach einer angemessenen Entschädigung durch den heutigen Eigentümer Dow bleibt, solange wir atmen», sagt Vishnu Bai. Am Jahrestag werden sie wieder auf die Strasse gehen und die Welt daran erinnern, was hier geschehen ist. |

Dow Chemical muss Verantwortung übernehmen

Das Chemieunglück von 1984 in Bhopal war eine der schlimmsten Industriekatastrophen der Welt. Dennoch warten die Überlebenden und ihre Nachkommen weiterhin auf eine gerechte Entschädigung, eine vollständige Sanierung der Umweltschäden sowie eine angemessene medizinische Versorgung. Noch immer gibt es keine Sanktionen gegen die Verantwortlichen.

Auch wenn es die Union Carbide Corporation (UCC) und nicht die US-amerikanische Dow Chemical Company, kurz Dow Chemical, war, die das damalige Gasleck und die anschliessende Verseuchung zu verantworten hat: Dow Chemical steht seit der Übernahme von UCC 2001 mit in der Verantwortung. Doch die Dow Chemical Company, eines der grössten internationalen Chemieunternehmen der Welt, entzieht sich weiterhin der Rechenschaftspflicht, die sie gemäss den Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte hat. Die Uno-Leitprinzipien von 2011 halten eindeutig fest, dass der Mutterkonzern seinen Einfluss ausüben muss, um negative Folgen der Tätigkeit des Tochterunternehmens zu vermeiden oder zu mildern. Indem Dow Chemical die Pflicht, Einfluss auf UCC auszuüben, ignoriert, trägt das Unternehmen wesentlich zu den anhaltenden Menschenrechtsverletzungen bei.

Nach der Katastrophe haben die zahlreichen Strafverfahren in Indien und die vielen Zivilklagen, die in Indien und den USA eingeleitet wurden, nicht zu einer schnellen, wirksamen und angemessenen Wiedergutmachung geführt, wie es die internationalen Menschenrechtsstandards verlangen. Mit dem Bericht «Bhopal, 40 Jahre Ungerechtigkeit» unterstützt Amnesty International die Überlebenden in ihrem Streben nach Gerechtigkeit. Um Druck auf Dow Chemical auszuüben, hat Amnesty International die Investor*innen aufgefordert, eine Beendigung ihrer Geschäftsbeziehung mit Dow Chemical anzudrohen, falls diese nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums signifikante Massnahmen ergreife. Unter den 50 grössten Investor*innen, die Druck ausüben könnten, befinden sich zwei Schweizer Aushängeschilder: Die UBS und die Schweizerische Nationalbank.

Daniële Costeli



«Ich war total verloren»

Im vergangenen Jahr haben mehr als 3000 minderjährige Geflüchtete in der Schweiz Schutz gesucht. Ein grosser Teil kommt aus dem kriegsversehrten Afghanistan. Einer von ihnen ist Ali*. Wir sprachen mit dem jungen Geflüchteten über seine Situation und mit Susanne*, die ihn auf seinem Weg begleitet. Von Manuela Reimann Graf

Ali war erst fünfzehn, als er ein halbes Jahr unterwegs war und von Afghanistan über den Iran, die Türkei und die gefährliche Balkan-Route Richtung Schweiz flüchtete. «Ich musste mein Land verlassen», sagt der gerade 18 Jahre alt gewordene junge Afghane. «Als ältester Sohn war ich in Gefahr, nachdem die Taliban ins Dorf gekommen waren und meine Familie bedrohten. Menschenrechte gibt es seit ihrer Machtergreifung keine mehr.» Ali ist einer der minderjährigen Geflüchteten, die immer jünger allein in die Schweiz kommen – UMA nennt man sie, unbegleitete minderjährige Asylsuchende. Details von seiner Flucht und was er dabei erlebt hat, mag er nicht erzählen. «Es war sehr schlimm», sagt er dazu bloss.

* Ali und Susanne sind Pseudonyme zum Schutz der benannten Personen.

In der Schweiz angekommen, musste er sich anfangs ebenfalls allein durchschlagen. «Ich hatte keine Ahnung von diesem Land, ich wollte einfach Sicherheit und Ruhe finden», sagt er. «Zunächst war ich in einem Bundesasylzentrum, wo ich meinen Asylantrag stellte. Von dort hat man mich nach Chiasso geschickt. Ich war total verloren, wusste

«Der psychische Druck, die Ungewissheit und das Heimweh belasten diese Jugendlichen enorm.» Susanne

nicht, wie ich dorthin gelangen sollte.» In Chiasso angekommen, war erst mal nichts mit Ruhe. Ali musste sich ein Zimmer mit 13 anderen UMAs teilen – an Schlaf war kaum zu denken.

Nach vier Monaten wurde er wieder transferiert, kam für sechs Monate in ein Durchgangszentrum mit einer Abteilung für UMAs und Familien in der Deutsch-

schweiz. Hier sei die Betreuungssituation etwas besser gewesen, sagt er. «Aber auch hier konnte ich kaum schlafen. Das Zimmer lag direkt an einer Bahnlinie.» Während er nachts nicht zur Ruhe kam, war die Langeweile tagsüber kaum auszuhalten. «Wir Jungs hingen nur rum, sassen die ganze Zeit am Handy. Viele Jungs verletzten sich wegen der inneren Anspan-

nung. Ich habe mich geritzt, einfach damit ich etwas tat.» Die einzige Abwechslung waren die Deutschkurse, mit welchen Ali vor einem Jahr starten konnte.

«Der psychische Druck, die Ungewissheit und das Heimweh belasten diese Jugendlichen enorm», sagt Susanne, die mit UMAs in Asylzentren arbeitet und Ali eng begleitet. «Dazu kommt,

Grosses Heimweh: Am liebsten würde Ali heimkehren, er muss aber weiterhin einer ungewissen Zukunft in der Schweiz entgegensehen.

dass sie nicht immer altersgerecht behandelt werden. Man vergisst oft, dass sie noch in der Pubertät sind und was das bei jungen Männern bedeutet.»

Viel Reden, wenig Zeit | Ali möchte ungern seine bisherigen Betreuungspersonen kritisieren. Er habe aber schon auch Probleme mit einigen gehabt. «Sie verstanden unsere Bedürfnisse oft nicht. Oder hatten keine Zeit dafür», sagt er. So sei es schwierig gewesen, verständlich zu machen, dass das Schweizer Essen den afghanischen Jugendlichen nicht schmecke. «Mit uns waren sie vordergründig meist nett, aber dann wurden unsere Anliegen doch einfach übergangen.» Manche hätten sich auch kaum für sie interessiert. «Als die für mich zuständige Person einmal 20 Tage nicht verfügbar war, hat mich in der Zeit niemand gefragt, wie es mir geht.» Dabei sei es für die Jugendlichen enorm wichtig, eine Bezugsperson zu haben, jemanden, der verlässlich für sie da sei, sagt Susanne. Viele

Jugendliche hätten Schreckliches erlebt, seien traumatisiert. Oft komme es ihr vor, als würde man davon ausgehen, dass ein Bett und genug zu essen ausreichend seien. Ali bestätigt: «Untereinander sprachen wir UMAs oft nächtelang über unsere Erlebnisse, um sie zu verarbeiten.»

Wie viele Betreuende für UMAs es in den Asylzentren gebe, sei nicht nur von Zentrum zu Zentrum unterschiedlich – es hänge oft auch von Zufällen ab, sagt Susanne. Manchmal gebe es genug Platz und externe Wohnungen für die älteren Jugendlichen, dann wieder nicht – es

«Die Betreuer*innen verstanden unsere Bedürfnisse oft nicht. Oder hatten keine Zeit dafür.» Ali

werde von den Behörden jeweils schlecht antizipiert, Anpassungen bei der Betreuung würden wegen der Bürokratie zu lange dauern. «Vor einem Jahr musste ich an zwei Arbeitstagen pro Woche 20 Klient*innen betreuen, da hatte ich kaum Zeit für sie», sagt Susanne. Jetzt sei ihre Verfügbarkeit etwas besser. «Dafür werden die Jungs, die in die Schweiz flüchten, immer jünger – heute sind sie zum Teil erst 14 Jahre alt.»

Grosses Heimweh | Alis Asylantrag wurde mit einer vorläufigen Aufnahme beantwortet. Und er konnte in ein Integrationsprogramm einsteigen, das in seinem Wohnkanton angeboten wird. «Ali hat Glück, dass er auch nach seinem 18. Geburtstag in diesem Programm bleiben kann», sagt Susanne. «Für andere ist mit dem Erreichen der Volljährigkeit Schluss damit, und sie sind von einem Tag auf den anderen auf sich selbst gestellt.»

Ali lebt inzwischen in einer Wohngemeinschaft. «Hier ist es viel besser», sagt

er. «Ich lebe jetzt unabhängiger und muss mein Zimmer nur noch mit einem anderen teilen.» Seit einem Monat kann Ali ein Praktikum in einem Gastrobetrieb machen. «Das macht mir Spass, ich lerne viel und habe vor allem eine Beschäftigung», sagt er. Aber er macht sich Sorgen darüber, wie es nach dem Praktikum weitergeht. «Ich werde dann wieder den ganzen Tag zu Hause sein. Um etwas zu unternehmen, fehlt das Geld.»

Inzwischen spricht Ali schon gut Deutsch. «Wir haben in Kursen viel über die Schweiz gelernt», sagt er. Kontakt mit Schweizer*innen hat er aber kaum. «Ich spüre, dass wir hier nicht willkommen sind. Viele Leute reagieren ablehnend, wenn ich sie anspreche. Aber es gibt auch viele nette Schweizer*innen», schiebt er sofort nach.

Wie sieht Ali seine Zukunft? Träumt er von einer Lehre, einer erfolgreichen Zukunft in der Schweiz? «Nein, ich möchte möglichst bald wieder nach Hause, zurück zu meiner Familie. Ich vermisse sie unendlich, mache mir grosse Sorgen um meine Mutter und habe Heimweh. Aber ich kann erst heimkehren, wenn in Afghanistan wieder Sicherheit herrscht. Im Moment ist das unmöglich.» |

Sensibilisierungskampagne von Amnesty

Die Rechte der Minderjährigen müssen geschützt werden

Unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) benötigen besonderen Schutz und Unterstützung – denn es sind Kinder und Jugendliche, die ohne ihre Eltern, ohne Verwandte geflüchtet sind. Sie sind oft schwer traumatisiert, haben ihre Familien verloren und finden sich in einer völlig unbekanntem Umgebung wieder. Zudem sind sie nicht selten isoliert und haben wenig Möglichkeiten, soziale Kontakte zu knüpfen. Doch die Betreuung von UMAs ist in der Schweiz oft ungenügend, die bestehenden Angebote reichen nicht aus, um ihren besonderen Bedürfnissen gerecht zu werden; auch fehlt es an Aufmerksamkeit und Zuwendung. Der Zugang zu Bildung ist für UMA eingeschränkt, viele haben keine oder nur sehr begrenzte Möglichkeiten, an Bildungsprogrammen teilzunehmen, was ihre Chancen auf eine erfolgreiche Integration und eine positive Zukunft deutlich verringert.

Deswegen lanciert Amnesty eine Kampagne, um auf die Situation der Kinder und Jugendlichen aufmerksam zu machen und den Schutz ihrer Rechte gemäss der Kinderrechtskonvention einzufordern.

Kishor Paul

Mehr dazu: [amnesty.ch/uma](https://www.amnesty.ch/uma)

Digitaler Widerstand in Belarus

«Es ist Putin, der dem Beispiel Lukaschenkos folgt, und nicht umgekehrt», sagte Swetlana Tichanowskaja in einem Interview mit der «Tribune de Genève» im Februar dieses Jahres. Laut der ehemaligen Oppositionskandidatin für die Präsidentschaftswahlen 2020 ist die Repression in Belarus noch stärker als in Russland. Seit vier Jahren lebt Tichanowskaja in Litauen. Im Exil verkörpert sie die Stimme des demokratischen Belarus.

Seit 1994 regiert Alexander Lukaschenko das Land mit 10 Millionen Einwohner*innen, das zwischen Polen, der Ukraine und Russland liegt, mit eiserner Hand. Im August 2020 liess er erneut die Wahlen manipulieren, um an der Macht zu bleiben. Die belarussische Bevölkerung demonstrierte mehrere Wochen gegen die offiziellen Wahlergebnisse. Die Proteste wurden brutal niedergeschlagen, die Gewalt begrub jede Hoffnung auf einen Wandel.

Zunehmende Überwachung |

Andersdenkende haben in Belarus nur wenig Möglichkeiten: ins Ausland gehen, schweigen oder eine Inhaftierung riskieren. Die Zahl der politischen Ge-

Seit den Demonstrationen von 2020 gegen die Regierung von Alexander Lukaschenko hat sich der Autoritarismus in Belarus verstärkt; die Demokratiebewegung wurde ins Exil gezwungen. Das Internet wurde zum Instrument für den Kampf gegen die Repression – und für die Unterstützung der Ukraine. Von Clément Girardot

fangenen, die vor den Wahlen 2020 praktisch bei null lag, stieg explosionsartig an – dem Menschenrechtszentrum Viasna zufolge waren es Mitte Januar 2024 mindestens 1417 politische Gefangene. Amnesty International bezeichnet die Haftbedingungen in belarussischen Gefängnissen, in denen auch gefoltert wird, als «unmenschlich».

Die Bürger*innen leben unter ständiger Überwachung durch den Geheimdienst. Ein kritischer Kommentar oder ein Like in sozialen Netzwerken kann zu einer Gefängnisstrafe führen. Die Behörden setzen Videoüberwachungstechnologien ein, um Oppositionelle aufzuspüren und Aufstände zu verhindern. «Das Regime installiert immer mehr Kameras, sie sind überall», sagt Yuri*, ein belarussischer Informatiker, der im Exil lebt.

Die Gesichtserkennungssoftware Kipod ist das wichtigste Werkzeug, das zu Strafverfolgungszwecken missbraucht wird. Sie wurde von der belarussischen Firma Synesis entwickelt und sollte eigentlich dazu dienen, vermisste Kinder oder flüchtige Kriminelle aufzuspüren. «Die Regierung nutzt die Software nun, um Aktivist*innen aufzuspüren und zu verfolgen», sagt Valery Tsepka, einer der Oppositionsführer und ehemaliger Direktor des Technologieparks in Minsk,

per Videoschaltung. Auch in Russland wird Kipod verwendet, um Dissident*innen zu identifizieren. Synesis ist daher seit Januar 2020 von der EU und seit Februar 2022 von den USA mit Sanktionen belegt.

Auch russische Ziele | Während die Regierung die neuen Technologien als Kontrollinstrument einsetzt, haben die Gegner*innen von Alexander Lukaschenko sie zu einer ihrer wichtigsten Waffen gemacht. Denn die üblichen Aktivitäten der Demokratiebewegung, allen voran Demonstrationen, werden stark unterdrückt. «Der demokratische Widerstand wurde in den digitalen Raum gedrängt, der zu einem der wenigen Orte geworden ist, an dem der politische Kampf fortgesetzt werden kann», schreibt Politologin Alesia Rudnik in einem Bericht über den Online-Widerstand in Belarus.

Eine der wichtigsten Organisationen der Demokratiebewegung sind die «Cyber Partisans» – das Kollektiv wurde 2020 nach der umstrittenen Wiederwahl Lukaschenkos gegründet. Dabei handelt es sich um eine Gruppe anonymer Hacker*innen. Die Cyber-Partisan*innen wurden insbesondere zu Beginn der russischen Invasion in der Ukraine bekannt, als sie das Computersystem der belarussischen Eisenbahngesellschaft angriffen und so die Logistik der russischen Armee störten.



© Andrei Vasilenko

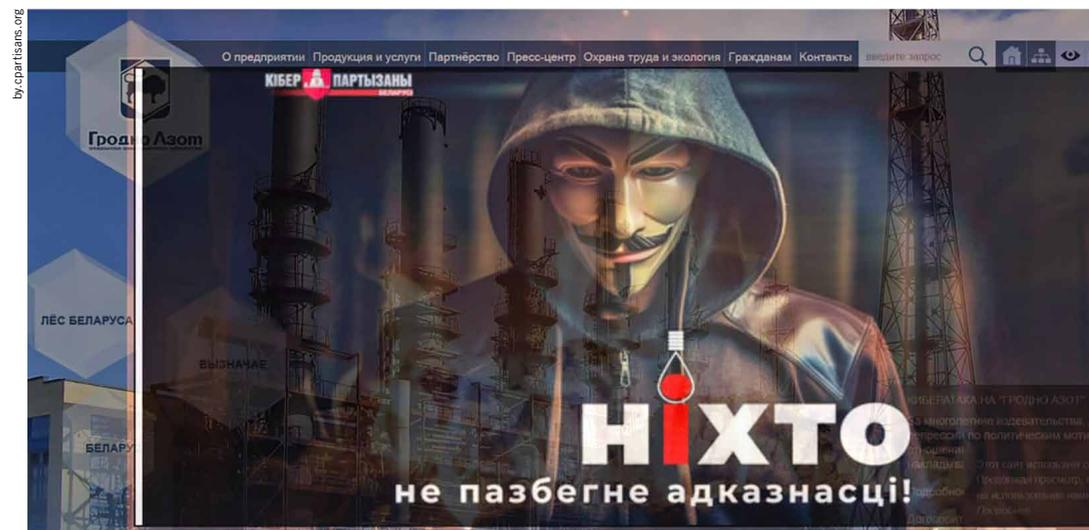
Der Erfinder der App New Belarus, Pavel Liber.

«Unser Hauptziel ist es, Belarus zu befreien und mit dem Aufbau demokratischer Institutionen zu beginnen. Derzeit hängt dies jedoch vom Sieg der Ukraine ab», sagt Yuliana Shemetovets, die Sprecherin der Gruppe. Die Cyber-Partisan*innen greifen Ziele sowohl in Belarus – insbesondere staatliche Institutionen, die an der Repression beteiligt sind – als auch in Russland an. «Wir dringen in den russischen digitalen Raum ein und helfen so der Ukraine, benötigte Daten zu erhalten. Wir suchen auch nach Möglichkeiten für Operationen mit grosser Wirkung. So hackten wir Roskomnadzor, die in Russland für Medienaufsicht und Zensur zuständige Behörde», sagt Shemetovets.

Langfristige Ziele | Die belarussischen Aktivist*innen haben langfristige Ziele, denn ein schneller Regierungswechsel scheint illusorisch, solange Lukaschenko von Moskau bedingungslos unterstützt wird. Der Aktivist und Informatiker Pavel Liber, der ebenfalls im litauischen Exil lebt, wurde der Regierung ein Dorn im Auge, nachdem er das Online-Tool Golos entwickelt hatte, mit dem Wahlbetrug bei den Präsidentschaftswahlen 2020 nachgewiesen werden konnte. Heute macht Liber mit seiner Smartphone-App New Belarus von sich reden. Die App New Belarus ermöglicht einen einfachen Zugang zu zahlrei-

Andersdenkende haben in Belarus nur wenig Möglichkeiten: ins Ausland gehen, schweigen oder eine Inhaftierung riskieren.

chen Dienstleistungen, die von prodemokratischen Organisationen angeboten werden, etwa Gesundheitsdienste oder Rechtshilfe, sowie zu einem unabhängigen Nachrichtenportal. Ihr Hauptzweck ist jedoch, dem bürgerlichen Engagement, das angesichts der Repression zusammengebrochen ist, neuen Schwung



Zuerst hackten sie das interne Netzwerk, dann die Webseite: Die Cyber-Partisan*innen griffen das belarussische Chemie-Unternehmen Grodno Azot an, um auf dessen Sicherheitslücken und die «Unterdrückung der Mitarbeiter» aufmerksam zu machen. Screenshot der gehackten Webseite.

zu verleihen. «Seit dreissig Jahren können wir nicht mehr an einem echten politischen Leben teilnehmen, also müssen wir mit kleinen Schritten beginnen», sagt Pavel Liber.

Seit dem Frühjahr 2023 konnten in Polen oder Litauen lebende Belaruss*innen beantragen, einen kleinen Teil ihrer Steuern an Wohltätigkeitsorganisationen zu zahlen, zu denen auch New Belarus gehört. Pavel Liber ist der Meinung, dass die Bevölkerung damit mit der Methode der kollektiven Debatte vertraut gemacht wer-

der des «Koordinationsrats», des repräsentativen Organs der demokratischen Kräfte und der Zivilgesellschaft im Exil, gewählt werden. Trotz der relativ geringen Wahlbeteiligung von 6723 Personen waren die Wahlen ein Erfolg, denn mit der Plattform war die Wahl überhaupt erst möglich, da sie den Schutz der persönlichen Daten der Wähler*innen gewährleisten konnte.

Für Pavel Liber ist die politische Beteiligung von zentraler Bedeutung für die Vorbereitung auf die Zeit nach Lukaschenko: «Wenn die Belaruss*innen nicht lernen, wie sie sich am politischen Leben ihres Landes beteiligen können, wird ein anderer Populist die Wahlen gewinnen und sagen: «Ich werde mich für euch um alles kümmern.» Dann werden wir uns in fünf Jahren wieder treffen und darüber diskutieren, wie wir diese neue Diktatur stürzen können.» |

den kann. So wurde 2024 unter anderem die Finanzierung der Einrichtung einer belarussischen Bibliothek in der litauischen Hauptstadt Vilnius möglich.

Ein noch grosserer Schritt wurde im Mai dieses Jahres getan, als über New Belarus eine Erneuerungswahl online organisiert wurde: Es mussten die Mitglie-

Clément Girardot ist freischaffender Reporter und schreibt für verschiedene internationale Medien, insbesondere zum Kaukasus und zur Türkei.

Der Sudankonflikt auf der Leinwand

Mit dem Drama «Goodbye Julia» hat der sudanesische Filmmacher Mohamed Kordofani ein weitherum gelobtes Langfilm-Debüt vorgelegt. Im Interview erzählt der einstige Flugzeugingenieur von den Schwierigkeiten, im konfliktreichen Sudan einen Film zu drehen.

Das Interview führte Boris Bögli

Seit April 2023 herrscht im Sudan Krieg, Millionen Menschen hungern, Hilfe kommt bei der Zivilbevölkerung kaum noch an. Sie leben inzwischen im Exil. Wann waren Sie letztmals im Sudan?

Wir hatten den Film im Frühling 2023 gerade abgedreht und starteten die Postproduktion. Als am 15. April der Krieg ausbrach, arbeitete ich am Sounddesign in Beirut. Das sollte eigentlich nur eine Woche dauern. Danach wollte ich in den Sudan zurück. Doch dazu kam es nicht.

© Frederick Injibert/Imago



Der Regisseur Mohamed Kordofani am Filmfestival in Cannes 2023.

Es war schlicht zu gefährlich. Einen Monat nach Kriegsbeginn hatte «Goodbye Julia» Premiere in Cannes. Daraufhin erhielten wir viele Anfragen von Festivals. Ich reiste herum, um den Film zu präsentieren, immer hoffend, dass der Krieg zu Ende geht und ich zurückgehen kann. Aber mittlerweile dauert der Krieg schon weit über ein Jahr, und ein Ende des Konflikts ist nicht in Sicht.

Wie geht es Ihren Freund*innen und Verwandten, die Sie im Sudan zurücklassen mussten?

Niemandem geht es gut im Sudan, auch nicht in Gebieten, die als sicher gelten. Die wirtschaftliche Lage ist furchtbar. Die Währung ist seit Kriegsausbruch total zusammengebrochen. Zum Glück konnte meine Familie – auch fast die gesamte entferntere Verwandtschaft – das Land verlassen. Aber einige Freund*innen und Bekannte sind noch dort, auch einige meiner Crew-Mitglieder. Sie dokumentieren das Leben im Sudan und was derzeit vor sich geht. Karthum-Zentrum und Bahri sind mittlerweile praktisch Geisterstädte. Die Menschen haben wegen der Plünderungen und der Gewalt ihre Häuser verlassen oder wurden vertrieben. Es ist einfach entsetzlich, ein eigentlicher Dschungel.

Bereits vor dem Ausbruch des Krieges im April 2023 schwelte ein Konflikt innerhalb des Sicherheitsapparats im Sudan. Wie

war es dennoch möglich, einen Film zu realisieren?

Hierzu muss zunächst gesagt werden: Der Sudan ist kein Film-land. Meist fehlt schlicht das Geld, um ein grösseres Projekt zu realisieren. Ich habe 2020 damit begonnen, «Goodbye Julia» zu schreiben. Damals drehte ich noch Kurzfilme, allerdings mehr als Hobby. Während der Covid-Krise wurde mir bewusst, wie sehr ich meine Leidenschaft zum Beruf machen wollte. Ich zog zurück in den Sudan und gründete die Produktionsfirma Klozium Studios. Ich habe einen Grossteil meiner Ersparnisse in diese Firma gesteckt. Auch für die Infrastruktur mussten wir Lösungen finden: Kameras, Linsen und die Kamerabühne erhielten wir aus dem Ausland. Die Beleuchtung mieteten wir in Ägypten, aber Verschiffung, Versicherung und Verzollung verzögerten und verteuerten die Produktion. Auch mussten wir für genügend Sicherheit sorgen: Wir quartierten die gesamte Crew am selben Ort ein und fuhren jeweils alle gemeinsam zum Set. Einmal drehten wir in der Nähe eines Polizeipostens, als es da zu Ausschreitungen kam. Das Tränengas zog zu uns herüber, und wir mussten die Dreharbeiten abbrechen. Es war viel Kreativität und Spontanität nötig: Immer wieder mussten wir den Drehplan aufgrund äusserer Umstände und Sicherheitsbedenken anpassen.

Dennoch gelang es, den Film fertigzustellen. Wie fanden Sie qualifiziertes Personal, um Ihr Projekt zu realisieren, wo das Filmmachen im Sudan doch kaum verbreitet ist?

Tatsächlich bildeten wir viele Crewmitglieder direkt bei Klozium Studios aus. Unser Ansatz war, begeisterungsfähige junge Filmstudent*innen anzuheuern und auszubilden. Innerhalb von drei



Zum Film «Goodbye Julia»: Die gut situierte Mona aus dem Nordsudan hat unter unglücklichen Umständen den Tod eines Mannes aus dem Süden verursacht. Um ihre Schuld wiedergutzumachen, nimmt sie die Witwe Julia und deren Sohn bei sich auf. Die beiden Frauen nähern sich einander sanft an, doch das moralische Dilemma und die Unruhen im Land finden ihren Weg in das Haus.

Jahren wuchs das Team auf rund 40 Personen an. Wir drehten Dokumentationen, Reportagen und Spots, um Übung zu erhalten. Wir hatten mit ausländischen Geldgeber*innen von «Goodbye Julia» vereinbart, dass wir Personen ausbilden und unser Wissen weitergeben würden. Ich bin sehr stolz darauf, was wir durch den Film und das Ausbildungsprogramm erreicht haben. Viele ehemalige Crewmitglieder haben dank ihrer neu erworbenen Qualifikationen einen Job gefunden, etwa in Kenia, Ägypten oder Saudi-Arabien.

Der Film «Goodbye Julia» wird von Kritiker*innen weltweit gelobt. Ging dies auch mit kommerziellem Erfolg einher?

Für einen sudanesischen Film war «Goodbye Julia» wirklich erfolgreich. Er wurde und wird in vielen arabischen und europäischen Ländern gezeigt, nicht nur in Arthouse-, sondern auch in Multiplex-

Kinos. Die Kosten haben wir mittlerweile beinahe wieder eingespielt, bald könnte der Film profitabel werden. Ich hoffe, dass ich mich dadurch einige Zeit über Wasser halten kann. Reich werden wir nicht, aber die Leidenschaft fürs Filmmachen entschädigt mich dafür, dass ich weniger verdiene als in der Flugzeugbranche.

Der Film spielt in Khartum in den letzten Jahren des damals noch vereinigten Sudan und beleuchtet die komplizierten Beziehungen zwischen Nord- und Südsudan. 2011 wurde der Südsudan ja dann unabhängig. Wie sehen die Beziehungen zwischen den Ländern heute aus?

Wie für viele Angehörige einer relativ privilegierten arabisch-muslimischen Gesellschaft im Sudan war der Krieg im Südsudan für mich weit weg. Erst die 99 Prozent Ja-Stimmen zur Unabhän-

gigkeit rüttelten mich auf. Wir haben in der Übergangsphase die Chance verpasst, mit den Südsudanese*innen eine Lösung zu finden. Rassismus und Klansendenken führen dazu, dass die Bevölkerung im Norden dem Leiden der südsudanesischen Zivilbevölkerung relativ gleichgültig gegenübersteht. Ich befürchte, dass es aufgrund dieser Gleichgültigkeit zu weiteren Sezessionen kommen könnte, etwa in Darfur, am Blauen Nil oder im Osten. Zwar gab es vor Ausbruch des Krieges im Sudan 2023 einige Fortschritte, so wurde etwa die Sittenpolizei, die vielen Nicht-Muslim*innen das Leben schwer machte, abgeschafft. Auch wurde die Pressefreiheit gestärkt, wodurch mehr über Korruption berichtet wurde. Leider waren die eineinhalb Jahre bis zum Militärputsch 2021 aber zu kurz, um noch mehr Verbesserungen zustande zu bringen. Jetzt sind wir zurück im alten Fahrwasser.

Befürchten Sie weitere Rückschritte?

Wenn die sudanesische Armee den Krieg gegen die paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) gewinnt, dann erwarte ich eine starke Präsenz der Muslimbrüder in der sudanesischen Regierung. Am Anfang würden sie die Scharia vielleicht nicht so streng durchsetzen, dennoch droht eine Phase der Islamisierung. Niemand will jedoch nochmals 30 Jahre Diktatur. Was wir brauchen, sind Gerechtigkeit und funktionierende Institutionen.



Goodbye Julia
von Mohamed
Kordofani
Sudan, 2023

«Goodbye Julia» ist ab November auf DVD und im Streaming auf filmingo.ch zu entdecken. Weitere Infos trigon-film.org



Das grosse Warten

Nuara und ihr Baby verstecken sich unter einem umgekippten Boot, um nicht von der Küstenwache entdeckt zu werden.

Eine Gruppe Geflüchteter wartet an Marokkos Küste auf das Boot, das sie nach Europa bringen soll. Was sie auf der Flucht bisher erlebten, erzählt Mahi Binebine in seinem Roman «Willkommen im Paradies». Der immer noch aktuelle Roman von 1999 erscheint im September in einer Neuauflage. Von Ulla Bein

Ende des 20. Jahrhunderts: Eine kleine Gruppe hat sich am späten Abend von ihrem Schlepper an den Strand führen lassen. Neben dem Ich-Erzähler Asûs und dessen Cousin Reda sind es verschiedene Männer aus nordafrikanischen Staaten, die vor Krieg und Gewalt auf der Flucht sind. Mit dabei ist auch Nuara, die mit ihrem Säugling auf der Suche nach ihrem Mann ist, den sie in Frankreich vermutet. Sie alle hoffen, dass das ruhige Meer ihnen eine schnelles Überqueren der Strasse von Gibraltar erlaubt.

Es ist dunkel und kalt, die Angst ihr Begleiter, nun kommt noch der Hunger hinzu. Dabei hatte Asûs doch voller Optimismus gehofft, seine nächste Mahlzeit bereits in Spanien einnehmen zu können.

Das gemeinsame Warten auf das Boot nach Europa bietet im Roman «Willkommen im Paradies» die Gelegenheit, jedem dieser Menschen ein Gesicht und eine Geschichte zu geben. Der Autor Mahi Binebine, 1959 in Marrakesch ge-

boren, studierte in Frankreich und lebte als Mathematiklehrer in Paris. Nach Stationen unter anderem in New York und Madrid kehrte der mittlerweile vor allem als Maler weltweit bekannte Autor 1999 zunächst nach Frankreich zurück. Nachdem die Rechtsextremen bei den Präsidentschaftswahlen ein historisches Ergebnis erzielt hatten, mochte er nicht mehr in Frankreich leben und beschloss, in seine Heimat zurückzukehren, wo er noch immer lebt und arbeitet.

Die Geschichten in Binebines Roman «Willkommen im Paradies», der vom Lenos-Verlag diesen Herbst in einer überarbeiteten Übersetzung neu aufgelegt wird, kommen manchmal anekdotisch daher. Manchmal ist das Schicksal, das Asûs und den anderen widerfahren ist, voller Grausamkeit – doch das Erzählen hilft ihnen. Hilft, ein Mensch zu sein. Hilft, die Wartezeit zu überbrücken. Und trotz allem Missbrauch, den die Protagonist*innen erlebt haben, trotz aller Ungerechtigkeit lassen sich diese Menschen

nicht vollkommen brechen. Auch wenn ihre Lage hoffnungslos erscheint.

So begleitet der Roman die Wartenden auf nahezu unterhaltsame Weise, nur durchbrochen von den schwer verdaulichen Passagen. Nicht immer ist der Hintergrund des Erzählten gleich erkennbar, folgt der Roman dem Zweckoptimismus seiner Figuren... Nach der langen Wartezeit legt der Kahn, der sie von Tanger in Marokko nach Algeciras im Süden Spaniens bringen soll, endlich an. Mittlerweile ist die See nicht mehr ruhig. Wird die Überfahrt gelingen?

Zurzeit sind etwa 100 Millionen Menschen auf der Flucht. Erschreckende Zahlen, die uns in Europa kaum mehr berühren. Tausende, die ihr Leben bei einem Schiffbruch im Mittelmeer verloren haben, sind in den Nachrichten nur noch eine Marginalie. Mit seinem Buch hat der Autor Mahi Binebine ihnen schon früh ein Denkmal gesetzt.



Mahi Binebine
Willkommen im Paradies
 Aus dem Französischen von
 Patricia A. Hladschik
 Lenos-Verlag, Basel, 2024

PEINLICHE POLITISCHE MANÖVER



© André Gottschalk

Pia Hollenstein
ist Alt-Nationalrätin
und im Vorstand der
KlimaSeniorinnen aktiv.

**SEIT DEM 9. APRIL 2024 HABEN WIR –
HABEN ALLE IN EUROPA – EIN NEUES
INSTRUMENT IN DER HAND: KLIMA-
SCHUTZ IST EIN MENSCHENRECHT.**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat am 9. April 2024 geurteilt, dass die Schweiz die Menschenrechte der älteren Frauen verletzt. Denn das Land tue nicht das Nötige gegen die fortschreitende Klimaerwärmung. Für uns KlimaSeniorinnen und für alle Menschen, die sich gegen die Klimakrise stemmen, war das eine überwältigende Entscheidung. Der jahrelange Kampf hat sich gelohnt.

Überwältigt waren auch rechtsbürgerliche Wirtschaftskreise. Sie waren so sehr schockiert, dass sie kurzerhand ihr rechtsstaatliches Wissen beiseiteschoben und in den beiden Parlamentskammern verlangten, der Bundesrat möge bitteschön die Entscheidung des EGMR ignorieren.

Natürlich haben mich als Schweizerin die entsprechenden Briefe, die wir seither bekommen haben, beschämt. Denn dass National- und Ständerat Aufrufe in die Welt setzen, das Gerichtsurteil einer übergeordneten Instanz zu ignorieren, ist schlichtweg peinlich. So etwas kennt man von gewissen anderen Staaten. Doch solche Manöver gehören zum politischen Spiel. Und in der Sache wird diese Verzweiflungstat nichts ändern: Will der Bundesrat das Gesicht der offiziellen Schweiz wahren, wird er über die Bücher gehen und die Klimapolitik revidieren müssen. Es ist übrigens nicht das erste Mal, dass Strassburg die Schweiz in Sachen Menschenrechte rügt. Und in den anderen Fällen hat unser Land auch nicht die beleidigte Leberwurst gespielt. Sondern sie hat das getan, was man tut, wenn im Fussball die Schiedsrichterin oder in der Politik ein Gericht die rote Karte zeigt: Man akzeptiert das Urteil, geht vom Feld und machts das nächste Mal besser.

Ich habe mich unbändig über das Urteil gefreut. Ich bin zuversichtlich, dass der Bundesrat handeln wird. Aber ich bin auch Realistin: Eine Revolution wird unser Bundesrat nicht lostreten. Dafür ist er zu konservativ zusammengesetzt. Er wird sich scheuen, die viel zu laschen Massnahmen radikal zu verschärfen. Und er wird zögern, jene wissenschaftliche Klimabilanz vorzulegen, die das Urteil verlangt: Denn sie würde zeigen, dass die Schweiz noch weit davon entfernt ist, den Netto-Null-Pfad umzusetzen.

Trotzdem, ich bin Optimistin: Seit dem 9. April 2024 haben wir – haben alle in Europa – ein neues Instrument in der Hand: Klimaschutz ist ein Menschenrecht. Das Urteil wird uns helfen, wirksame Klimamassnahmen auf juristischem Weg zu verlangen. Ich bereite mich deshalb schon jetzt darauf vor, den Druck aufrechtzuhalten. Dafür braucht es mich, es braucht Sie, es braucht uns alle. |

AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig,
ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

**WEITERE NACHHALTIGE UND FAIRE PRODUKTE
AUF SHOP.AMNESTY.CH**



NEU AMNESTY-SOCKEN

Schwarz-gelb gestreift, mit Kerzen-Logo.
80% Baumwolle, 18% Polyamid, 2% Elasthan.
Herkunft: Portugal.

Grösse M (36–40): Art. 2200.098.M / Fr. 15.–
Grösse L (41–46): Art. 2200.098.L / Fr. 15.–



NEU TASSE AUS EMAILLIERTEM STAHL

Hochwertige Tasse für Camping,
Terrasse usw.
Fassungsvermögen 200 ml.
Hergestellt in der Tschechischen
Republik.

Art. 2300.050 / Fr. 15.–

NEU 2ER-SET ANSTECKNADEL «KERZE»

Eine goldfarbene und eine silberfarbene
Anstecknadel im Design der Amnesty-
Kerze, in einem Stoffbeutel verpackt.
Höhe: 2,5 cm.

Art. 2300.049 / Fr. 10.–



TASCHENMESSER VICTORINOX

Neue Versionen in Schwarz mit
weissem Logo. Swiss made.



SPORTSMAN

Einfaches Modell mit
13 Funktionen.

Art. 2300.037.S / Fr. 25.–



DELUXE TINKER

Zum Tüfteln und Flickern
mit 17 Funktionen.

Art. 2300.037.DT / Fr. 49.–

ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: _____ Strasse: _____
Ort: _____ E-Mail: _____
Tel.: _____ Unterschrift: _____
Mitglieder-/Kund*innen-Nummer: _____

Bestellungen an:
Amnesty International,
Postfach, 3001 Bern
oder auf
shop.amnesty.ch



© Sherine Nafissi/Greenpeace

50 JAHRE SCHWEIZ – EMRK FÜR EINE SCHWEIZ, DIE UNSERE RECHTE ACHTET

Vor dem 50-Jahr-Jubiläum des Schweizer Beitritts zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) führt die Politik eine gefährliche Debatte: Die Mehrheit des Parlaments will das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zum Klimaschutz nicht umsetzen. Manche postulieren gar den Austritt aus der Konvention und dem Europarat. Wir sagen: Nein!

Die Beziehungen waren von Anfang an nicht einfach: Die Schweiz ist das letzte westeuropäische Land, das dem Europarat beigetreten ist. Dieser wurde 1949 als Reaktion auf die Schrecken des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust gegründet, um die Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa zu fördern. Die Schweiz trat erst 1963 bei.

Ein Jahr nach seiner Gründung verabschiedete der Europarat die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Doch die Schweiz durfte diese wegen des fehlenden Frauenstimmrechts nicht unterzeichnen. Erst nach der nationalen Einführung der politischen Rech-

te für die Frauen 1971 konnte die Schweiz die EMRK ratifizieren: Im November 1974, also vor bald 50 Jahren, trat die EMRK auch hierzulande in Kraft.

Die EMRK hatte also von Anfang an einen positiven Einfluss auf die Menschenrechte in der Schweiz. 1999 wurden die in der EMRK garantierten Rechte – wie das Folterverbot, der Schutz des Privatlebens und das Recht auf ein faires Verfahren – in die revidierte Bundesverfassung aufgenommen.

Doch das gefiel nicht immer allen, denn die EMRK ist kein zahnloser Vertrag. Jede Person kann ihre Rechte beim Europäischen

Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) einklagen, wenn sie in der Schweiz die gerichtlichen Instanzen ausgeschöpft hat.

Zudem bietet die EMRK einen gewissen Schutz gegen Volksinitiativen, welche die Rechte von Minderheiten in der Schweiz einschränken können wie z.B. das Minarettverbot oder die Ausschaffungsinitiative. Demokratie braucht den Schutz der Minderheiten, auch dafür ist die EMRK zentral.

Deshalb lancierte die SVP 2014 ihre «Selbstbestimmungsinitiative», die die EMRK aushebeln sollte. Die Initiative scheiterte in der Abstimmung 2018 aber klar: Die grosse Mehrheit der Stimmberechtigten und alle Kantone sagten Nein zur Initiative und gaben so ein deutliches Bekenntnis zur EMRK ab.

Wenige Jahre später laufen Politiker*innen wieder Sturm gegen die EMRK und den EGMR. Das nichtgenehme Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu den Anliegen der Klima-Seniorinnen solle nicht umgesetzt werden, fordert eine Mehrheit im Parlament. Gefordert wird vereinzelt gar ein Austritt aus der EMRK.

Die kommenden Monate werden entscheidend sein für den Schutz der Menschenrechte in der Schweiz und in Europa. Deshalb setzt sich Amnesty ein für eine Schweiz, die unsere Rechte achtet und sich klar zur EMRK bekennt. Unterstützen Sie uns dabei!

Patrick Walder, Kampagnen

Mehr Informationen und Aktionsvorschläge: [amnesty.ch/emrk](https://www.amnesty.ch/emrk)



Seit 25 Jahren aktiv: Die Frauenrechtsgruppe Zürich, hier am diesjährigen Feministischen Streiktag.

AKTION IM BILD

FRAUENPOWER MADE IN ZÜRICH

Vor 25 Jahren entstand aus einem Schreiberinnen-Netzwerk heraus die Amnesty-Frauenrechtsgruppe Zürich. Mit viel Herzblut und Freude leistet die Gruppe seither wichtige Sensibilisierungsarbeit. Ob es um Femizid, (psychische) Gewalt, toxische Beziehungen oder Diskriminierung geht: Gemeinsam und oft zusammen mit anderen Amnesty-Gruppen überlegen sich die Mitglieder immer wieder neue Aktionen. Früher wurden hauptsächlich Briefe geschrieben oder Standaktionen organisiert. Heute gibt es eine ganze Palette von Aktivitäten – von Diskussionsabenden und Filmvorführungen bis hin zu Ausstellungen, Pubquizzes und Theaterworkshops. Eines hat sich aber nie geändert: das unermüdliche Engagement für die Gleichberechtigung von Frauen.

Lust mitzumachen? Dann melden Sie sich hier: frauenrechte.amnesty.zh@gmail.com

Es gibt auch in anderen Regionen Amnesty-Gruppen, bei welchen Sie sich engagieren können. Eine Übersicht finden Sie hier: www.amnesty.ch/gruppen

AUSSTELLUNG

«UMA»: BESONDERS VERLETZLICHE GEFLÜCHTETE

Amnesty International Schweiz organisiert im Oktober eine Ausstellung über die Situation von alleinreisenden, minderjährigen Asylsuchenden, sogenannten UMAs. Die Ausstellung porträtiert verschiedene junge Geflüchtete und ihr Leben in der Schweiz. Mit eindrucksvollen Porträts werden die Herausforderungen aufgezeigt, vor denen geflüchtete Kinder und Jugendliche stehen, ihre

unsicheren Lebensbedingungen und die psychischen Belastungen durch Flucht und Isolation.

Die Ausstellung findet in verschiedenen Städten der Schweiz statt.

Mehr dazu auf: [amnesty.ch/uma](https://www.amnesty.ch/uma)

AMNESTY FORDERT MEHR MENSCHENRECHTE IM SPORT

Die Schlussfeier der paralympischen Spiele am 8. September markierte das Ende eines Sommers, der ganz im Zeichen des Sports stand. Athlet*innen, Fans und andere Beteiligte wuchsen über sich hinaus, zeigten Menschlichkeit und schrieben Erfolgsgeschichten, welche die verbindende Kraft des Sports aufzeigten. Doch an solchen Turnieren gehen nicht nur die Träume von Athlet*innen in Erfüllung, auch für die Sportverbände sind sie ein lukratives Geschäft – leider oft auf Kosten der Menschenrechte.

Diskriminierungen wie das Kopftuchverbot für französische Athletinnen oder die Hetze gegenüber Boxerinnen, deren Körper nicht der Geschlechtsnorm entsprechen, haben aufgezeigt, dass auch vordergründig harmonische Spiele nicht gefeit sind vor sexistischen und rassistischen Diskursen und Praktiken.

Die Verantwortung, solche und andere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, liegt bei den organisierenden Sportverbänden. Doch nicht nur sie stehen in der Pflicht: Auch die Schweiz als Land,



© Bob Rimsak / wikimedia

in dem viele internationale Sportverbände ihren Sitz haben, muss dafür sorgen, dass die Verbände ihre Sorgfaltspflicht wahrnehmen. Deshalb fordern wir den Bundesrat dazu auf, griffige Massnahmen zu entwickeln, um sicherzustellen, dass die Sportverbände ihrer Verantwortung nachkommen.

Lisa Salza, Verantwortliche Sport und Menschenrechte, Amnesty Schweiz

«Frauen-EM in der Schweiz: Chancen und Risiken aus Sicht der Menschenrechte»

Veranstaltung mit Podiumsdiskussion am 18. September um 18.30 Uhr im Generationenhaus in Bern.

Mehr Infos: [amnesty.ch](https://www.amnesty.ch)



PETITION

SPORTVERBÄNDE MÜSSEN VERANTWORTUNG FÜR MENSCHENRECHTE ÜBERNEHMEN

HIER UNTERSCHREIBEN ODER VIA QR-CODE ZUR ONLINE-PETITION



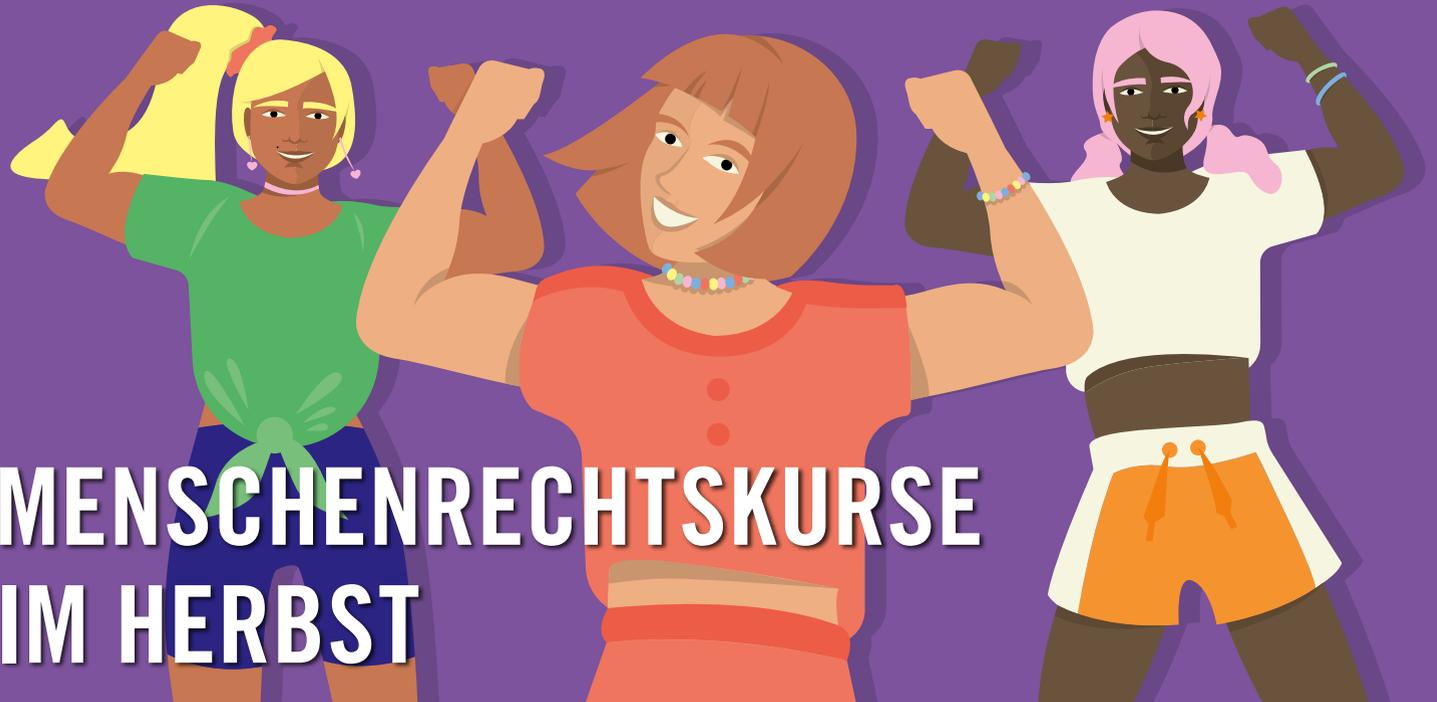
Die grossen Player unter den Sportverbänden – so die Fifa und das Internationale Olympische Komitee (IOK) – anerkennen, dass auch sie an die Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte gebunden sind. Diese verpflichten nicht nur Firmen, sondern auch kommerziell tätige Verbände, die Menschenrechte in all ihren Aktivitäten einzuhalten. An der Umsetzung hapert es bei den Sportverbänden aber.

Die Schweiz erzielt als Sitzstaat von über 50 internationalen Sportverbänden zwar eine beachtliche wirtschaftliche Wertschöpfung, erkennt aber – abgesehen von Initiativen, die auf Freiwilligkeit beruhen – keinen Handlungsbedarf für griffige Massnahmen. Das wollen wir ändern: Sportverbände müssen genauso wie Konzerne Menschenrechte und Umweltstandards respektieren.

Wir fordern den Bundesrat auf, griffige Massnahmen zu entwickeln, um sicherzustellen, dass Sportverbände mit Sitz in der Schweiz ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen.

Name	Vorname	Adresse	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			

MENSCHENRECHTSKURSE IM HERBST



Sie möchten über Menschenrechtsthemen diskutieren, statt nur davon zu lesen? In unseren Kursen tauschen wir uns über Erfahrungen und Ideen aus, lernen menschenrechtsfreundliche Strategien kennen und motivieren uns gegenseitig, im Alltag für den Schutz der Menschenrechte einzustehen. Sichern Sie sich jetzt einen der verbleibenden Kursplätze im Herbstkursprogramm!

GEWALTFREIE KOMMUNIKATION

Bern: Freitag, 18. Oktober

ZIVILCOURAGE BEI SEXISMUS, HOMO- UND TRANSFEINDLICHKEIT

Zürich: Samstag, 26. Oktober

NICHT MIT MIR! MIT WEN-DO GEGEN SEXUELLE BELÄSTIGUNG

Basel: Samstag, 2. November;
Bern: zweiteiliger Kurs, Dienstag, 12. November, sowie Dienstag, 19. November

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UND MENSCHENRECHTE: EINE GEBRAUCHSANWEISUNG

Zürich: Samstag, 16. November

SIND WIR NOCH ZU RETTEN? KLIMAKRISE UND MENSCHENRECHTE

Bern: Freitag, 22. November

HÄNDE WEG – ZIVILCOURAGE BEI SEXUELLER BELÄSTIGUNG

Bern: Donnerstag, 28. November

ONLINE-KURS
ARGUMENTIEREN GEGEN STAMMTISCHPAROLEN
Online: Donnerstag, 3. Oktober

Weitere Informationen und Anmeldungen auf unserer Website: www.amnesty.ch/kurse



Schweizerisches Qualitätszertifikat für Weiterbildungsinstitutionen
Certificat suisse de qualité pour les institutions de formation continue
Certificato svizzero di qualità per istituzioni di formazione continua



AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern
T: +41 31 307 22 22 . F: +41 31 307 22 33
contact@amnesty.ch . www.amnesty.ch
PC: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8